Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1932

135 (13.6.1932)

Visual Library

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gespaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig ○ Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungszieles, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt ○ Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B. ○ Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk Die Mußestunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, zuzüglich 38 Pfg. Trägerlohn ○ Ohne Zustellung 1,90 Mark ○ Durch die Post 2,36 Mark ○ Einzelverkauf 10 Pfennig ○ Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr ○ Postscheckkonto 2650 Karlsruhe ○ Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 ○ Fernruf 7020/7021 ○ Volksfreund-Filialen: Durlach, Hauptstr. 9; B.-Baden, Jagdhausstr. 12; Rastatt, Rosenstr. 2; Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 135 **Karlsruhe, Montag, den 13. Juni 1932** **52. Jahrgang**

Erregte Aussprache

Die süddeutschen Minister und der Reichskanzler / Unterbrechung der Sitzung
Der Herr Reichsfeldwebel v. Papen

Am Sonntag vormittag trafen die **vereinigten Ausschüsse des Reichstags** zu einer Sitzung zusammen, in der sich der Chef des Kabinetts der Barone, **Herr von Papen,** den Reichsratsmitgliedern vorstellte. Ueber diese Sitzung ist der folgende, **nichtssagende offizielle Bericht** ausgeschrieben worden:

„Die Reichsregierung gab in der heutigen Sitzung der vereinigten Ausschüsse des Reichstags Auskunft über den **Reichshaushaltsplan** des Reiches und über die Grundzüge der von ihr geplanten **Notverordnung** zur Sicherstellung der Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden, sowie zur Rettung der Sozialversicherung. Der Reichsminister der Finanzen und der Reichsarbeitsminister erläuterten und begründeten die Absichten der Reichsregierung. Im Anschluß an diese Ausführungen fand eine **eingehende Aussprache** statt, in der die Vertreter der Länder ihre Stellungnahme darlegten."

In Wahrheit hat sich folgendes zugetragen: Der Reichskanzler wandte sich scharf **gegen die süddeutsche Opposition,** besonders scharf gegen die Rede des Staatsrats **Schaeffer** in München. Die Süddeutschen blieben die Antwort nicht schuldig, es kam zu einer **außerordentlich scharfen Auseinandersetzung,** bis schließlich der bayerische Ministerpräsident **Held** den **Abbruch der Sitzung** und eine sofortige Besprechung des Reichskanzlers mit den Ministerpräsidenten forderte.

Die Sitzung wurde darauf unterbrochen und es fand eine **vertrauliche Besprechung der Ministerpräsidenten mit dem Reichskanzler** in der Reichskanzlei statt. In dieser Besprechung ist es allem Anschein nach **noch weit schärfer hergegangen** als in der Sitzung der Reichsratsausschüsse. Man kann als selbstverständlich annehmen, daß **Preußen** sich sehr energisch gegen die unzulässigen Eingriffe des Herrn von Papen verwahrt hat, aber es scheint, daß es durch das Auftreten der süddeutschen Vertreter der Aufgabe überhoben worden ist, so scharf vorzugehen, als es sonst gewollt oder gemußt hätte. Es verlautet, daß es **noch niemals zu so offenen und außerordentlich scharfen Auseinandersetzungen** zwischen einem Reichskanzler und Ministerpräsidenten der Länder gekommen ist, wie bei dieser Auseinandersetzung der süddeutschen Ministerpräsidenten mit Herrn von Papen. Staatsrat Schaeffer hat in seiner Münchener Rede zu den Plänen der Reichsregierung einen **Reichskommissar** in Preußen einzusetzen, das Wort geprägt: **„Er soll es nur wagen!".** Von diesem Wort ist nicht abgegangen worden, und die **außerordentlich ernsten Konsequenzen** solcher verfassungswidrigen Pläne sind Herrn von Papen sehr deutlich zum Bewußtsein gebracht worden.

Nach dieser vertraulichen Auseinandersetzung ging die sachliche Beratung in den Reichsratsausschüssen weiter. Bei der Besprechung über die Finanzlage nahm nach dem Reichsfinanzminister für die Länder zunächst der **preußische Finanzminister Klepper** das Wort. Er erklärte die vorbehaltenen Billigungen zu den grundsätzlichen Ausführungen des Reichsfinanzministers über die **Notwendigkeit eines echten Haushaltsausgleichs** und über die **Zurückweisung aller Währungsexperimente.** Eine exakte Währungspolitik sei keine theoretische Frage, sondern einfach eine gebieterische praktische Forderung. Dazu gehöre aber der reale Haushaltsausgleich, den zu erzielen es im vitalen Interesse des Reichs keine Grenzen geben dürfe.

Ebenso müsse die Arbeitsbeschaffung richtig angefaßt werden. Die Hauptsache müsse dabei sein, daß Teile der Industriebevölkerung allmählich auf das Land gebracht werden müßten. Daher sollte die Reichsregierung die Siedlungspläne der alten Regierung möglichst schnell aufnehmen. Distanzierung von der Parteipolitik sei gut, dann aber von **jeder** Parteipolitik! Zusammenfassung der nationalen Kräfte sei gut, dann aber **aller** nationalen Kräfte! **Nur dann** könne sich der Erfolg einstellen, den die Länder der Reichsregierung als ihrer Repräsentanten wünschen.

*

Um den üblen Eindruck etwas zu mildern, den das Auftreten des Reichskanzlers machte, ist das Conti-Büro veranlaßt worden, u. a. folgenden **Schmus** zu verbreiten:

„In wohlunterrichteten Kreisen glaubt man als Ergebnis der heutigen Aussprache eine weitere Entspannung der Beziehungen zwischen den Ländern und dem Reich sehen zu können, die bereits am gestrigen Samstag durch die Verhandlungen in der Reichskanzlei eingeleitet wurde . . . In Kreisen, die den Reichsstellen nahe stehen, scheint man doch den Eindruck zu haben, daß die Minister- und Staatspräsidenten mit dem Bewußtsein der Gewißheit abfahren, daß der Reichskanzler nicht daran denkt, irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die Interessen der Länder zu beeinträchtigen und zu schädigen . . Die Beziehungen zwischen Reich und Ländern haben durch die Aussprachen der letzten beiden Tage sicher wieder eine Basis bekommen, auf der sich die zukünftige Entwicklung aufbauen läßt. Das ist auch dann erfreulich, wenn es, wie anzunehmen ist, **nicht gelungen** sein sollte, in einer so umstrittenen Frage **wie der der Aufhebung des SA.-Verbots eine restlose Uebereinstimmung herbeizuführen. Das wesentliche ist,** daß in den Beziehungen zwischen Reich und Ländern die **außerordentliche Schärfe** stark abgemildert worden ist, die sie seit dem Wechsel in der Reichsregierung zunächst angenommen hatte."

Die englisch-französischen Besprechungen
Eine amtliche Verlautbarung

Paris, 12. Juni. Das französische Außenministerium hat eine Verlautbarung über die Verhandlungen ausgegeben, die heute vormittag am Quai d'Orsay zwischen Premierminister Macdonald, Sir John Simon, Ministerpräsident Herriot und Finanzminister Germain-Martin stattgefunden haben.

„Die offiziösen und freundschaftlichen Besprechungen" heißt es, „hätten eine Gemeinsamkeit der Auffassungen bewiesen, die es erlaube, eine gerechte und wirksame Lösung auf der Lausanner Konferenz sowie die Stärkung des Vertrauens und die Aufrechterhaltung des Friedens unter den Völkern vorauszusehen".

Nach der Besprechung erklärte Ministerpräsident Herriot, zwar keine politische Mitteilung machen, aber doch sagen zu können, daß er von seinen Unterredungen mit den englischen Ministern sehr befriedigt sei.

Unverschämte Nationalisten

Die Ortsgruppe Stuttgart der **Deutschnationalen Partei** hat sich veranlaßt gesehen, dem württembergischen Staatspräsidenten **Dr. Bolz in den Rücken zu fallen,** da sie ein Telegramm an den Reichspräsidenten von Hindenburg richtete folgenden Wortlauts: „Staatspräsident Dr. Bolz ist lediglich geschäftsführender Staatspräsident auf Grund der Verfassung und nicht vom Vertrauen des württembergischen Volkes getragen. Herr Dr. Bolz kann deshalb nur als Vertreter des Zentrums betrachtet werden."

Dieses Telegramm der Organisation einer Partei, **die selbst an der geschäftsführenden württembergischen Regierung beteiligt ist,** ist nicht nur eine ganz unberechtigte Anmaßung, sondern auch eine grobe sachliche Irreführung, denn das **Staatsministerium als Ganzes** hat die Reise des Staatspräsidenten Dr. Bolz nach Berlin gebilligt, und im besonderen hat der **deutschnationale Fianzminister Dr. Dehlinger** sich selbst in der Richtung geäußert, daß das Programm der Reichsregierung inbezug auf das Verhältnis zu den Ländern einer Klärung und Ergänzung bedürfe.

Aufhebung des SA- und Uniformverbots

Der Völkische Beobachter will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, es sei bestimmt damit zu rechnen, daß am Mittwoch der kommenden Woche die Notverordnung über die Aufhebung des SA.- und des Uniformverbots veröffentlicht werde.

Wie die Kölnische Volkszeitung mitteilt, hat die Rheinische **Zentrumspartei** an den Herrn Reichspräsidenten ein Telegramm gesandt, in dem unter Bezugnahme auf die angekündigte Aufhebung des SA.- und SS.-Verbots kategorisch ein **allgemeines Uniform- und Waffenverbot** verlangt wird.

Politisches Banditentum
Die Lieblinge der Barone wüten

Im Berliner Norden kam es zu schweren Ausschreitungen nationalsozialistischen Mobs. Das Hitler-Gesindel zog durch die Straßen, schlug Passanten nieder und stürmte ein kommunistisches Verkehrslokal. Unter wildem Gebrüll machten die Banditen förmlich Jagd auf mißliebige Personen, wobei sie nach bekannter Manier in vielfacher Uebermacht über das Publikum herfielen. In einen Eisladen, in dem Reichsbannerleute zu verkehren pflegten, brach ein Trupp Banditen mit gezogenem Revolver offensichtlich in der Absicht ein, anwesende Gegner niederzuschlagen. Als die Polizei erschien, flüchteten die Mordbuben in ihr Verkehrslokal. Der Polizei gelang es, 17 Rowdys festzunehmen, die der politischen Polizei zugeführt wurden.

Das Endergebnis in Mecklenburg-Schwerin

WTB. Schwerin, 11. Juni. Der Landeswahlausschuß stellte heute das endgültige Ergebnis der mecklenburg-schwerinschen Landtagswahl vom 5. Juni fest. Daraus ergibt sich, daß die Nationalsozialisten doch die absolute Mehrheit im neuen Landtag erhalten.

Die Sozialdemokraten erhalten 18 Mandate,
Kommunisten 4 Mandate,
Nationalsozialisten 30,
Arbeitsgemeinschaft der Bürgerl. Mitte 1
Deutschnationale 5,
Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger 1.

Was die Papenheimer wollen

Soziale Reaktion

Ungeheuerliche Pläne der Baronsregierung

Die Frankfurter Zeitung will aus dem Inhalt der bevorstehenden Notverordnungen der Reichsregierung folgende Einzelheiten erfahren haben, die wir mit allen Vorbehalten wiedergeben:

In der **Arbeitslosenversicherung** soll eine **Gesamtersparnis von 520 Millionen Mark** durch eine **Senkung der Leistungen** erreicht werden, und zwar sollen bei der Arbeitslosenunterstützung die **Sätze** durchschnittlich um **23 Prozent gesenkt** werden; außerdem werde die Hilfsbedürftigkeitsprüfung statt bisher nach 20 künftig schon nach 6 Wochen stattfinden. Dadurch erhoffe man eine Einsparung von 188 Millionen Mark.

In der **Krisenunterstützung** sollen die Unterstützungsleistungen durchschnittlich um **10 Prozent gesenkt** und eine unbeschränkte Hilfsbedürftigkeitsprüfung eingeführt werden. Die Gesamtersparnis hieraus wird auf 184 Millionen Mark errechnet.

In der **Wohlfahrtserwerbslosenunterstützung** sollen die Unterstützungen **im** durchschnittlich **15 Prozent gesenkt** werden, was eine Ersparnis von 148 Millionen Mark bedeute.

Durch diese Maßnahmen würden die Leistungen der öffentlichen Hand für die gesamte Erwerbslosenfürsorge um 520 Millionen Mark gesenkt.

Da aber auch diese Ersparnis noch nicht genüge, um den Etat auszugleichen, plane die Reichsregierung eine **allgemeine Abgabe zur Arbeitslosenhilfe** für die Zeit vom 1. Juli 1932 bis 31. März 1933. Ihr sollen **alle Lohn- und Gehaltsempfänger** unterliegen mit Ausnahme der Lehrlinge und eines gewissen Personenkreises, der Arbeitsentgelt für nur vorübergehende Dienstleistungen und für geringfügige Beschäftigungen im Sinne der Sozialversicherungsgesetze bezieht. Die Abgabe solle bei einem Arbeitslohn bis zu 1500 Mark jährlich 1½ Prozent betragen, bei einem Arbeitslohn von 1500 bis 3600 Mark 2½ Prozent. Einkünfte über 3600 Mark jährlich werden unter Fortfall der Krisenlohnsteuer mit 5¾ Prozent belastet. Die großen Lohnbezieher, die bisher 5 Prozent Krisenlohnsteuer zahlten, sollen zu 6½ Prozent herangezogen werden. Auch die **Beamten,** die bisher von der Krisensteuer befreit waren, sollen ebenfalls zur **Beschäftigensteuer** herangezogen werden.

Man glaube, daß die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe für den in Frage kommenden Zeitraum von 9 Monaten im ganzen 400 Millionen Mark erbringen werde.

Außerdem wurde auch bei den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung (Invaliden-, Unfall- und Angestelltenversicherung) an einen Abbau der Leistungen gedacht, dessen Höhe jedoch noch nicht endgültig feststehe.

Zu diesen Einnahmen komme auch noch eine **Wiedereinführung der Salzsteuer** vom 1. Juli 1932 bis 31. März 1933 (Ertrag 40 Millionen Mark), und eine **Beseitigung der Freigrenze** von 5000 Mark bei der Erhebung der **Umsatzsteuer.**

Was endlich die Neugestaltung der **Gemeindefinanzen** anlange, so sei geplant, daß die Gemeinden selbst für die Wohlfahrtsunterstützung der Erwerbslosen im ganzen 680 Millionen Mark aufbringen und dazu noch einen Reichszuschuß von 867 Millionen Mark erhalten sollen, wobei gleichzeitig eine Aenderung des bisherigen Verteilungsschlüssels ins Auge gefaßt sei.

Rentenraub
Die Einführungs„tat" der Nazi-Barone

Die Regierung der Barone wird ihre neue Notverordnung erscheinen lassen. Um ihre „sozialen Absichten" im Sinne Papens zu erweisen, wird ein weiterer Abbau der Kriegsopferrente eines der Kunststücke dieser „sozialen" Verordnung sein.

Insgesamt soll der neueste gewaltsame Eingriff in die bisherige Versorgung der Kriegsopfer eine Ersparnis von 30 Millionen Mark erbringen. Diese Ersparnis soll erzielt werden durch eine Kürzung der Renten der unverheirateten 30- bis 40prozentig erwerbsbeschädigten Kriegsbeschädigten und durch den Entzug der Kinderzulage und der Waisenrente nach dem vollendeten 15. Lebensjahr! Der Entzug der Waisenrente trifft besonders hart die schon jetzt in unerträglichen wirtschaftlichen Verhältnissen lebenden Kriegerwitwen und Vollwaisen. Der Entzug der Kinderzulagen bedeutet für viele Schwerbeschädigte die Unmöglichkeit einer gehobenen Berufsausbildung ihrer Kinder.

Außerdem soll das Verfahrensrecht für die Kriegsopfer weitere Verschlechterungen erfahren. Wer künftig die Spruchinstanzen der Sozialversicherung und der Reichsversorgung in Anspruch nehmen will, soll vorher eine Gebühr von 5 bezw. 10 Mark entrichten!

Der neue Reichsarbeitsminister Dr. Schaeffer, der sich mit diesen unerhört rigorosen Rentenkürzung einführt, weist damit die Zweckmeldung, Hindenburg habe Brüning ersucht, Rentenkürzungen bei den Kriegsopfern nicht vorzunehmen, in das Reich der Fabel. Die Regierung Brüning, besonders Reichsarbeitsminister Stegerwald und der Abteilungsdirigent im Reichsarbeitsministerium Dr. Schulte-Holthausen, haben dem Vorstand des Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge noch am 30. Mai offiziell erklärt, daß in der vom Kabinett Brüning geplanten fünften Notverordnung Bestimmungen über Rentenkürzungen nicht enthalten sein würden. Das Kabinett der Grafen und Barone aber beginnt seine Tätigkeit mit solchen Rentenkürzungen und wird sie in der rigorosesten Weise durchführen.

Diese Tatsachen werden auch durch „soziale" Schönrederein nicht aus der Welt geschafft!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das Auswärtige Amt

Der diplomatische „Herrenklub" im Haushaltsplan

„Der Herr Reichspräsident von Hindenburg hat sich soeben bitter bei mir beschwert, daß der preußische Adel im Auswärtigen Amt schwer benachteiligt wird."
(Gustav Stresemann zu Rudolf Breitscheid.)

Der neue Reichsaußenminister Herr von Neurath wird sich nach Antritt seines Amtes in der Wilhelmstraße vollkommen „unter seinesgleichen" befinden, da neben der Reichswehr und Reichsmarine sein Ressort es so gut verstanden hat, sich gegen die Demokratie abzukapseln wie gerade das Auswärtige Amt.

Trotz Stresemann und Brüning ist der Personalbestand des Auswärtigen Amtes immer der gleiche geblieben und rekrutiert sich im großen und ganzen immer noch aus einigen wenigen feudalen altpreußischen Korps.

Trotz aller Sparmaßnahmen, die unter dem Druck des Reichsfinanzministers vorgenommen worden sind, haben sich die berühmten deutschen Diplomatengehälter keineswegs in dem Maß verringert, wie man hätte erwarten müssen.

Vor allem die **Bezüge der Botschafter und der Gesandten** sind durchweg nahezu unverändert geblieben, zum Teil sogar etwas **erhöht worden.**

Es erhält nach Abzug der Dienstwohnung der **Botschafter:**

in	Grundgehalt	Auslandszulage	Aufwandsentschädigung	insgesamt
Washington	19 000	19 410	90 000	128 410
London	19 000	10 210	90 000	119 210
Madrid	19 000	10 210	64 600	93 810
Moskau	19 000	17 940	78 800	115 740
Rom (Regierung)	19 000	9 570	77 000	105 570
Rom (Heil. Stuhl)	19 000	9 570	77 000	105 570
Paris	19 000	9 570	77 000	105 570
Tokio	19 000	18 400	64 600	102 000
Angora	19 000	15 700	63 000	98 230

Im Jahr 1931 erhielt der deutsche Botschafter in Washington 126 106 ℳ, der Botschafter in London 117 458 ℳ. Der Botschafter in Madrid 116 966 ℳ. Der Botschafter in Moskau 113 524 ℳ. Der Botschafter bei der italienischen Regierung in Rom und der Botschafter beim Heiligen Stuhl je 103 856 ℳ. Der Botschafter in Paris 102 559 ℳ. Der Botschafter in Tokio 99 756 ℳ. Der Botschafter in Angora 96 147 ℳ.

Es haben also eine **Gehaltserhöhung** gegenüber dem Jahr 1931 zu verbuchen: der Botschafter in Washington, der Botschafter in London, der Botschafter in Moskau, der Botschafter bei der italienischen Regierung und beim Heiligen Stuhl, der Botschafter in Paris, der Botschafter in Tokio, der Botschafter in Angora. Mit Ausnahme des Botschafters in Madrid haben somit **sämtliche deutsche Botschafter eine Gehaltserhöhung** zu verbuchen.

Adel im Außendienst

Daß der **preußische** Adel in der deutschen Auslandsvertretung eine besondere Domäne sieht, ist ja **wohl allgemin bekannt.** Daß dieser adlige Herrenklub jedoch vor allem die ganz besonders guten Posten beherrscht, hat kürzlich die Berliner Zeitschrift **Das Tagebuch** nachgewiesen. Diese Uebersicht sieht folgendermaßen aus:

Adlige Botschafter:

USA.: Freiherr von Prittwitz-Gaffron
Spanien: Graf von Welczek
Italien: Freiherr von Schubert
Frankreich: Dr. von Hoesch
Vatikan: Dr. von Bergen
Rußland: Herbert von Dirksen
England: Freiherr von Neurath (jetzt Reichsaußenminister)
Japan: Dr. von Borch

Bürgerliche Botschafter:

Türkei: Rudolf Nadolny

Gesandte in guten Ländern:

Belgien: Graf von Lerchenfeld
Rumänien: Graf v. d. Schulenburg
Argentinien: Dr. von Keller
Aegypten: Dr. Eberhard von Stohrer
Dänemark: Freiherr von Richthofen
Niederlande: Graf von Zech
Schweden: Dr. Frederic von Rosenberg
Ungarn: Dr. Hans von Schoen
Polen: Dr. von Moltke
Südslawien: Dr. von Hassel

Gesandte in guten Ländern:

Bulgarien: Dr. Eugen Rümelin
Griechenland: Dr. Eisenlohr
Norwegen: Dr. Roland Köster
Portugal: Dr. Horstmann
Schweiz: Dr. Adolf Müller
Oesterreich: Dr. Rieth
Tschechoslowakei: Dr. Walter Koch
Mexiko: Eugen Will
Brasilien: Dr. Hubert Knipping
Chile: Dr. Franz Olshausen

Gesandte in schlechteren Ländern:

Hier werden 4 Adlige in Persien, Guatemala, Columbien und Paraguay aufgeführt und — 17 bürgerliche aus allen Ecken der Welt.

Das Auswärtige Amt ist also nach wie vor ein **Bollwerk des preußischen Adels** und wird sich mit besonders intimer Homogenität in das neue Kabinett eingliedern. Dafür sorgt sicherlich Herr von Neurath und der „Herrenklub".

Ein Brief an Hindenburg

Der „Arbeitskreis des **Hindenburg-Ausschusses** Bremen" hat an den Reichspräsidenten folgendes Schreiben gesandt:

„Hochzuverehrender Herr Reichspräsident! Der Arbeitskreis des Hindenburg-Ausschusses Bremen, der die überparteiliche Zentralstelle für die Hindenburgwahlen des Weser-Ems-Bezirks und Nordhannover bildete, und der sich aus Vertretern der Volkskonservativen, Christlichsozialen, des Jungdeutschen Ordens, des Zentrums und der Staatspartei zusammensetzt, sah sich zu einer Aussprache in seinem Kreise über die politischen Vorgänge der letzten Tage veranlaßt. Mit **tiefer Bekümmernis** und allergrößter Sorge um die Zukunft des deutschen Vaterlandes stellten die Anwesenden fest, daß der Herr Reichspräsident ein Kabinett mit seinem Vertrauen bedenken will, daß **trotz seines Namens nicht berechtigt ist, sich als Kabinett der „nationalen Konzentration", das heißt der Zusammenfassung der gesamten deutschen Nation, zu fühlen. Die Anwesenden waren im Gegenteil einstimmig der Meinung, daß die neue Regierung gerade denjenigen Kreisen nahesteht, die noch vor ganz kurzer Zeit eine ehrliche Zusammenfassung der Nation, die der Arbeitskreis in einer einmütigen Wiederwahl des Herrn Reichspräsidenten erblickte, nicht nur ablehnten, sondern in teilweise unwürdiger Weise bekämpften. Der Arbeitskreis des Hindenburg-Ausschusses hat keinerlei Verständnis dafür, daß die Vertreter derjenigen Kreise, die sich in opferwilligster Weise für die Wiederwahl des Reichspräsidenten einsetzten, sondern an ihre Stelle Männer treten sollen, die weder in politischer, noch in wirtschaftlicher, noch insbesondere in sozialer Beziehung das Vertrauen und den Glauben der überwiegenden Mehrheit der Wähler des Reichspräsidenten besitzen dürften.**

Die **allertiefste Enttäuschung und Sorge** über diese, nach Meinung der Anwesenden **nur auf Umwegen** entstandenen Entwicklung **glaubte** der Arbeitskeris des Hindenburg-Ausschusses dem Herrn Reichspräsidenten nicht vorenthalten zu dürfen und zu brauchen, wobei er gleichzeitig den Wunsch zum Ausdruck bringt, der Herr Reichspräsident als Generalfeldmarschall möge endlich der nur Unheil bringenden **Politisierung von Heer und Marine mit einem deutlichen Kommandowort ein Ende** bereiten."

Gottgewollte Abhängigkeiten

Neue sozialreaktionäre Erklärungen der Nazi-Barone im deutschen Landwirtschaftsrat

Die stockreaktionäre Regierung der Barone wird von Tag zu Tag deutlicher! Ihr Chef **von Papen hat im Deutschen Landwirtschaftsrat** eine Rede gehalten, wie sie reaktionärer und verstockter zu Wilhelms Zeit nicht hätte gehalten werden können! In diesem Kreise war diese Rede vollständig am Platze — denn dort saßen die Kräfte des Feudalismus, deren Vertreter diese Regierung ist!

Diese Rede, und damit „die grundsätzlich neue Richtung der Stotsführung" ist bezeichnet durch das Wort von der

„gottgewollten organischen Regelung der Dinge"

zwischen Unternehmern und Arbeitern. Sozialpolitik stört diese gottgewollte Regelung der Dinge — also fort damit! Statt dessen soll

„die persönliche Verpflichtung des Arbeitgebers"

an die Stelle der Sozialpolitik treten! Das ist der **Geist der gelben Werksgemeinschaften,** der Geist der Feindschaft gegen die Arbeiterorganisationen, der Geist des Unternehmertums aus der Mitte des vergangenen Jahrhunderts!

Herr von Papen kündigt

„schwere persönliche Opfer, Entsagungen und Entbehrungen für alle Volkskreise"

an! Das ist also **der neue Kurs,** der angeblich dem Volke nicht neue Lasten, sondern Erleichterungen bringen sollte! An die schweren Opfer glauben wir schon — aber nicht an die Opfer aller; denn in den Ausführungen des Reichskanzlers über die Sozialpolitik liegt beschlossen, daß das **arbeitende Volk** die Opfer für die Besitzenden bringen soll.

Es geht schon los mit den Opfern, und ausgerechnet die **Kriegsbeschädigten** sind die ersten, die opfern müssen.

Was will diese Regierung? Herr von Papen hat von einem

„organischen Umbau der Wirtschaft"

gesprochen, der „die Fehler des kapitolistischen Systems ausmerzen" soll. Also doch Staatssozialismus? Kein Gedanke. Wenn diese Regierung vom „organischen Umbau der Wirtschaft" redet, dann schwebt ihr das Bild einer **agrarischen Vorherrschaft** vor, eine Unterdrückung des Volkes unter die Interessen des ostelbischen Großagrariertums, ein Zustand, wie ihn Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrunderts in der Wirtschaft und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrunderts in der Politik gekannt hat!

So sieht sie aus, diese Regierung der **Barone von Hitlers Gnaden!** So sieht sie aus, die sogenannte „Freiheitsbewegung" der Nationalsozialisten, die diese feudale, um ein Jahrhundert zu spät gekommene Regierung trägt!

Es wäre eine Beleidigung des deutschen Volkes, wenn man annehmen wollte, daß es diese „grundsätzlich neue Richtung der Staatsführung" ertragen wollte!

Straffreiheit im voraus

Unerhörte Gesetzesmacherei im Preußen-Landtag

Im Rechtsausschuß des Preußischen Landtags wurde am Freitag mit den Stimmen der Rechten und der **Kommunisten** ein Antrag auf Freilassung der Bombenleger um **Claus Heim** angenommen. Ausgenommen von diesem Antrag ist der Bombenleger Volk, gegen dessen Haftentlassung die Kommunisten stimmten.

Außerdem kam in der Sitzung des Rechtsausschusses ein kommunistischer Antrag auf **Amnestiegewährung** für alle Verbrechen und Vergehen aus § 218 zur Verhandlung. Namens der Sozialdemokratie erklärte Frau Abg. Kröger, daß die Sozialdemokratie sich grundsätzlich für die Begnadigung der Frauen einsetzte, die sich gegen den § 218 vergangen haben, aber **nicht für die gewerbsmäßigen Kurpfuscher** und Abtreiber, die der kommunistische Antrag mit umfasse. Die Sozialdemokratie hatte deshalb einen Antrag gestellt, die letzteren aus dem Amnestiegesetz herauszulassen. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt, wodurch es der Sozialdemokratie unmöglich gemacht wurde, für das Gesetz zu stimmen. Es verfiel gegen die Stimmen der Antragsteller der Ablehnung.

Es folgte die Zweite Lesung des am Donnerstag beschlossenen Amnestiegesetzes. Namens der Regierung hob Ministerialdirektor **Huber** noch einmal die **schweren Bedenken** hervor, die dagegen bestehen, die **Amnestie auf alle Verbrechen** bis zum Tage des Inkrafttretens zu erstrecken. Dadurch werde ein Freibrief auf künftige noch zu begehende Verbrechen ausgestellt. Bis zum Tage des Inkrafttretens des Gesetzes werde jeder Politiker vogelfrei sein, denn der Täter werde damit rechnen können, daß seine Tat noch unter das Amnestiegesetz falle.

Der Antrag des Zentrums wenigstens die **Verbrechen gegen das Leben von der Amnestie auszunehmen,** wurde wiederum eingebracht und wiederum von der Koalition **Kozi-Nazi** mit Zuzug der Deutschnationalen **abgelehnt.** Am Donnerstag war ferner noch eine Zusatzbestimmung beschlossen worden, wonach beim Landtag ein Amnestieausschuß gebildet werden soll, der befugt sein soll, die richterlichen Entscheidungen über die Anwendung des Amnestiegesetzes abzuändern. Obwohl der Regierungsvertreter überzeugend nachwies, daß diese Bestimmung **verfassungswidrig** sei, also rechtsungültig, da sie sowohl gegen die Reichsverfassung, wie gegen die preußische Verfassung verstößt, beschloß die Mehrheit der beiden radikalen Parteien auch die Beibehaltung dieser Bestimmung. So werden jetzt Gesetze gemacht!

Der von der Sozialdemokratie gestellte Antrag auf Erlaß einer **Amestie für wirtschaftliche** Notdelikte, der am Donnerstag in der ersten Lesung angenommen worden war, verfiel in der zweiten Lesung der **Ablehnung.** Das Zentrum stimmte diesmal dagegen, angeblich infolge eines Versehens. Der Antrag wird im Plenum von neuem gestellt werden.

Die Nationalsozialistische „Arbeiterpartei" stimmte unentwegt gegen die Begnadigung armer Leute, die aus Not geringfügige Vergehen begangen haben. Das hielt jedoch die Kommunisten nicht ab, ihrerseits nach wie vor für die Begnadigung der nationalsozialistischen Arbeitermörder zu stimmen.

Das interessanteste Ergebnis dieser Gesetzesmacherei ist jedenfalls, daß nun nicht mehr nur Amnestien für die Vergangenheit, sondern auch schon **Amnestien für die Zukunft,** für noch zu begehende Straftaten geschaffen werden. Das ist das Ende jeden Rechts. **Draußen** im Lande überfallen die **Nazihorden** Gewerkschaftshäuser, Parteilokale, Reichsbannerkameraden. Die **Kommunisten** schwätzen von Einheitsfront, aber im preußischen Landtag bewilligen sie dem faschistischen Banditentum **Straffreiheit im voraus!**

Sozialpolitik auf Abbruch

Das **Reichsarbeitsministerium** hat also nun doch noch einen **Minister bekommen.** Das Ministerium blieb nicht, wie man befürchtete, verwaist. So etwas hätte einen zu schlechten Eindruck gemacht, und Herr Hitler kann jetzt — **vor** den Wahlen solche schlechten Eindrücke nicht gebrauchen. Nach den Wahlen kann ja manches nachgeholt werden. Man kann ja einstweilen trotzdem seine Vorbereitungen für den **Abbruch der Sozialpolitik** treffen.

Der Abbruch hat übrigens **bereits begonnen.** Die Siedlungsabteilung des Reichsarbeitsministeriums wird vom Reichsernährungsministerium übernommen. Diese Uebernahme ist mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Es besteht die Gefahr, daß die bereits in Gang befindlichen Siedlungsarbeiten völlig ins Stocken geraten und die Siedler in schwere Beunruhigung gestürzt werden. Aber das alles ändert nichts daran, daß das **Siedlungsprogramm** der Regierung Brüning, das von den Junkern dem Reichspräsidenten als Bolschewismus denunziert wurde, **von der Regierung der Hitlerbarone beiseite geworfen** wurde. Mit der Siedlung ist **Schluß.** Siedlung — das ist nichts für die Junker. Ostelbien ist zwar ein Raum ohne Volk und in Rheinland-Westfalen, vor allem im Gebiet des Ruhrbergbaues, lebt ein Volk ohne Raum, weil ohne Arbeit.

Die **polnische Gefahr** wird zwar in den Organen der Junker mit Vorliebe in düsteren Farben geschildert, und ihre Freunde, die Nazis tun so, als ob jeden Tag ein Krieg mit Polen ausbrechen könnte. Aber eine Menschenmauer im Osten als Schutz Deutschlands gegen die von Polen angeblich drohende Gefahr aufzubauen — fällt unseren Junkern nicht ein. Sie wollen ihren bankrotten Großgrundbesitz, auch den total bankrotten, weiter mit allgemeinen Mitteln über Wasser halten.

Mit der Siedlung hängt der **Wohnungsbau zusammen,** vor allem der **Kleinwohnungsbau** und auch die Randsiedlung. Wenn die Siedlung verschwindet, kann natürlich auch die Wohnungsbauabteilung aus dem Reichsarbeitsministerium verschwinden. Mit dem **Wohlfahrtsstaat** — das hat die Regierung Papen in ihrem Wahlaufruf deutlich genug angekündigt — soll ja jetzt **Schluß gemacht** werden. In Berlin hat man zwar soeben erst eine große **Ausstellung** aufgemacht, die den schönen Namen **„Sonne, Luft und Haus für alle"** trägt. Da können die Proleten sehr schön sehen, wie man gesund wohnen **könnte,** wie man eigentlich wohnen **müßte.** Aber die Regierung der Hitlerbarone will nun einmal nichts mehr vom Wohlfahrtsstaat wissen, und so werden sich eben die armen Teufel damit abfinden müssen, daß sie evtl. gegen verbilligten Eintrittspreis künftig in schönen Ausstellungen sich **ansehen** können, wie es sein könnte, wie es sein müßte.

Die **Arbeitslosenversicherung?** Sie soll ja ohnehin verschwinden. Das ist ja eine Hauptforderung der Scharfmacher. Das Kabinett hat einen **scharfen Abbau der Sozialversicherung** beschlossen. Geplant ist, wie man hört, daß die **Stelle des Staatssekretärs** im Reichsarbeitsministerium Herr **Popitz,** früher Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, einnehmen soll. Popitz ist ein **einseitig finanzpolitisch** eingestellter Mann und praktisch infolgedessen Sozialreaktionär. Seine Vorschläge zur Reform der Arbeitslosenbetreuung sehen die **Einführung einer allgemeinen Wohlfahrtsunterstützung** vor, d. h. Aufhebung der Arbeitslosenversicherung.

Auch das große Gebiet der **alten Sozialversicherung,** ein Hauptgebiet des Reichsarbeitsministeriums, soll mächtig eingeschränkt werden. Ganz und sofort will man die Sozialversicherung nicht kassieren. Etwas will man noch übrig lassen. Vielleicht so viel, daß die Rente ungefähr der **Armenunterstützung** der Vorkriegszeit gleichkommt.

Kann man sich wundern, wenn angesichts solcher Perspektiven Gerüchte im Umlauf sind, daß Männer wie Ministerialdirektor Dr. **Sitzler** und Ministerialdirektor Dr. **Grieser** das Reichsarbeitsministerium verlassen. Die von Sitzler betreute Abteilung für **Schlichtungswesen** soll, wie verlautet, **gänzlich verschwinden.** Was brauchen auch die Scharfmacher noch länger ein Schlichtungswesen. Sie wollen ja los vom Tarifvertrag und von der staatlichen Schlichtung. Sie wollen ja die Löhne künftig allein im trauten Verein mit ihren Arbeitern regeln.

Wenn das Lebenswerk von Männern wie Sitzler und Grieser, von Männern, die **wahrhaftig keine Sozialisten, wohl aber überzeugte Sozialpolitiker** sind, zerstört wird, dann hat natürlich ihr Verbleiben im Reichsarbeitsministerium keinen Sinn mehr. Sie haben für Sozialpolitik gekämpft und gearbeitet aus der Ueberzeugung, daß ein Land wie Deutschland nicht aus irgend welchen Weltanschauungsgründen, sondern einfach aus seinem **Kulturniveau** heraus Sozialpolitik treiben **muß,** wenn es sich nicht selbst aufgeben will. Aber die Leute, die heute in Deutschland das große Wort führen, haben von der Kulturaufgabe Deutschlands wohl eine **andere** Vorstellung. Leute, für die ein Brüning schon Bolschewist ist, wollen **noch hinter den Dreiklassenstaat zurück.**

Freistaat Baden

Wer ist der Täter?

Eine Naziverleumdung aufgeklärt

Wie wir vor kurzem mitteilten, brachte der nationalsozialistische Führer am 31. Mai eine Notiz aus **Dinglingen, wonach die Kirchentüren mit Teer beschmiert** wurden und auf der Steinplatte des Hauptportals ein **Hakenkreuz** hingeschmiert worden war, wobei der Führer daran anschließend die Verdächtigung aussprach, es liege „der Verdacht nahe, daß nationalsozialistische Gegner die Urheber seien, da zu einer solch erbärmlichen Tat nur Marxisten fähig sind".

Nunmehr wird aus Dinglingen mitgeteilt, daß der Täter jetzt ermittelt ist, wie folgende Notiz des Lahrer Anzeiger besagt:

Dinglingen, 5. Juni. Zur Kirchenschändung in Dinglingen wird uns mitgeteilt, daß nunmehr der gemeine Täter ermittelt, in vollem Umfange geständig ist. Er ist der aus Kork stammende, bei Landwirt Kramer in Diensten stehende Ernst Großholz. Die katholische Kirchengemeinde wie die gesamte Bevölkerung, die zum weit größten Teil die gemeine Tat aufs schärfste verurteilt und zur Feststellung des Täters beigetragen hat, empfindet große Genugtuung über die erfolgreiche Ermittlung. Der Gendarmerie Lahr sowie der Ortspolizei Dinglingen, die sich sehr um die Sache angenommen hat, sei Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Der Lahrer Anzeiger, dem wir diese Notiz entnehmen, fügt diesen Mitteilungen — wohl aus sehr guten Erwägungen — folgende, die nationalsozialistische Verleumdungsmethode charakterisierende Anmerkung bei: „Weiß **Der Führer vielleicht jetzt, in welchen Reihen** das von ihm bezeichnete „Schwein" steht, nachdem ihm dessen Personalien bekannt sind, denn was er von Marxisten schrieb, wird er vorher wohl nicht beweisen haben können?"

Einheitliche Saisonschlußverkäufe in Baden

Nach den neuen Ausverkaufsbestimmungen wird der Beginn der Saisonschlußverkäufe innerhalb des hierfür vorgesehenen Rahmens vom 15. Juli bis 15. Augug entsprechend dem Vorschalg der Handelskammern von den Bezirksämtern festgesetzt. Wie uns die **Handelskammer Karlsruhe** mitteilt, schweben zur Zeit zwecks Herbeiführung eines für ganz Baden einheitlichen Beginns des diesjährigen Saisonschlußverkaufs noch Verhandlungen. Die Dauer ist auf 15 Tage beschränkt. Die Handelskammer macht jetzt schon besonders darauf aufmerksam, daß die bisherige Bezeichnung dieser Verkäufe als „Saisonausverkäufe" nicht mehr stattbaft ist. Sie müssen nach der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutze der Wirtschaft vom 9. März 1932 als **„Saisonschlußverkäufe"** bezeichnet werden.

Im Justizdienst wurden ernannt: Die Amtsgerichtsräte Dr. Schiruska in Radolfzell zum Landgerichtsrat in Offenburg, Dr. Mohr in Gengenbach zugleich zum Landgerichtsrat in Offenburg mit dem Dienstsitz in Offenburg, die Staatsanwälte Jutzler in Heidelberg und Dr. Jäger in Mannheim zu Amtsgerichtsräten, ersterer in Kehl, letzterer in Tauberbischofsheim, die Gerichtsassessoren Dr. Schmitt aus Mannheim zum Staatsanwalt beim Landgericht Mannheim, Dr. Gulden aus Mannheim zum Staatsanwalt beim Landgericht Offenburg. Versetzt wurden die Amtsgerichtsräte Büchner in Tauberbischofsheim nach Radolfzell, Dr. Stallmann in Kehl nach Mannheim.

Volkswirtschaft

Mittelbadische Eisenbahnen A.G. Lahr in Baden

Am Freitag, den 10. Juni 1932, vormittags 11 Uhr, fand in Karlsruhe die ordentliche Generalversammlung der MEG. statt. Es waren vertreten 2 Aktionäre mit 4796 Stimmen. Der Geschäftsbericht sowie die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung fanden einstimmig Genehmigung, ferner wurde Vorstand und Aufsichtsrat entlastet. Bei der auf Grund der Notverordnung vom 19. September 1931 vorgenommenen Neuwahl des gesamten Aufsichtsrates wurden die bisherigen Aufsichtsratsmitglieder in ihrer Gesamtheit wiedergewählt.

Nach dem Geschäftsbericht über das 40. Geschäftsjahr (Kalenderjahr 1931) betrugen die Gesamteinnahmen RM. 898 581, (i. V. 829 407), die Gesamtausgaben RM. 1 110 586 (i. V. 1 109 607); somit ergibt sich ein Fehlbetrag von RM. 212 004 (i. V. 280 199). Im Bahnbetrieb ist, so heißt es im Geschäftsbericht, im Vergleiche zum Vorjahre eine wesentliche Einnahmesteigerung zu verzeichnen, welche sich im Güterverkehr infolge der durch die Rheinregulierung und Kinzigverlegung bei Kehl angefangenen, außerordentlichen Gütertransporte erzielen ließ. Dagegen sind die Einnahmen aus dem Personenverkehr im abgelaufenen Geschäftsjahr infolge der katastrophalen Wirtschaftslage weiter zurückgegangen, so daß die im Güterverkehr eingetretene Einnahmeerhöhung nicht voll und ganz in Erscheinung tritt. Im Kraftwagenbetrieb zeigt sich ein kleiner Einnahmeausfall, verursacht durch den infolge Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftskrise auch hier sich bemerkbar gemachten Rückgang in der Personenbeförderung. Die Rücklage für Pensionsverpflichtungen beträgt am Ende des Betriebsjahres RM. 114 798.

Die Wiener Herbstmesse 1932

Der Termin der Wiener Herbstmesse 1932, welche wie immer im unmittelbaren Anschluß an die Leipziger Messe abgehalten wird, ist auf die Zeit vom 4. bis 11. September festgesetzt worden.

Autarkia

Wenn eine Mauer aufgerichtet
um unser deutsches Vaterland
und jeder Deutsche dann verzichtet
auf Horizont und auf Verstand . . .

wenn wieder dunkelt „teutsche" Nacht
und nur noch klirrt Musik der Waffen,
wird „umgelegt" (statt umgebracht)
und aufgenordet zu den Affen.

Des dritten Reiches Wesenskern
wird man bestaunen dann auf Erden.
Vom Westen bis zum Osten fern
wird Deutschland zur Kaserne werden.

Autark das Hirn; autarker noch
der Hunger und die blauen Bohnen!
Gestrichen werden wir ja doch
dann aus der Karte der Nationen.

Was nicht im Kopf, hat man in Händen;
und letztre „formen" alles gleich:
mit Geistes- und Kulturzuständen
wird aufgeräumt im dritten Reich!

Anti-Anti.

Zum Kampfe gerüstet

Wahlkreiskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Mittelbadens

Die Sozialdemokratie Mittelbadens hatte auf gestern Sonntag in den „Elefanten" nach Karlsruhe zum Appell vor den Reichstagswahlen eingeladen. Wenn auch durch die Wirtschaftskrisis die Beschickung der Konferenz nicht so zahlreich erfolgte, wie in früheren Jahren, so zeigte sie aber dieselbe Geschlossenheit und denselben Kampfesmut der Delegierten wie ihre Vorgängerinnen. Ja noch mehr: Aus dem Munde aller Redner war sogar noch eine gesteigerte Kampfbereitschaft zu entnehmen wie auf vorhergehenden Konferenzen. Die **sozialdemokratische Front steht geschlossen da, ihre Kampfkraft ist ungebrochen** und mit Elan wird die Sozialdemokratie Mittelbadens in den Entscheidungskampf gegen die reaktionären Mächte eintreten. Dieses erfreuliche Ergebnis konnte gestern festgestellt werden.

Die Tagesordnung umfaßte nur zwei Punkte, nämlich **„Stellungnahme zu den Reichstagswahlen"** und **„Aufstellung der Kandidaten."** Zum ersten Punkte referierte der bisherige Abgeordnete Gen. Schöpflin in einer in Form und Inhalt großzügig angelegten Rede, in der die Ursachen zur Reichstagsauflösung wie die derzeitige politische Situation eine eingehende Würdigung fanden. Wie es nun in der Sozialdemokratischen Partei üblich ist, nahmen die Delegierten in einer längeren Aussprache zu beiden Punkten Stellung, sowohl zum Referat wie auch zur Aufstellung der Kandidaten. Bei den Nationalsozialisten ist es ja anders, die Mitglieder müssen blindlings das von den Führern Gesagte als Evangelium hinnehmen und zur Kandidatenfrage haben sie überhaupt den Mund zu halten, sie müssen gehorchen und die Vorschläge der Oberbonzen sanktionieren. Die Sozialdemokratie Mittelbadens hat durch ihre Vertreter bekundet, daß sie zum Kampfe bereit und bemüht ist, den Sieg zu erringen. Das war der Grundton während der ganzen Tagung und als Gen. Koch, der Vorsitzende der Konferenz, am Schlusse einen zündenden Appell an die Versammelten richtete, mit voller Kraft in den Wahlkampf einzutreten, steigerte sich der Beifall zu hinreißender Begeisterung, die sicherlich in die einzelnen Mitgliedschaften dringen wird. Der Erfolg davon wird nicht ausbleiben.

*

Die Versammlung wurde vom Gen. Koch-Karlsruhe eröffnet und geleitet. Die Feststellung der Präsenzliste ließ erkennen, wie die Wirtschaftskrise auch auf die Delegation ihren Einfluß ausübt. Nachdem die Anwesenheitsfeststellung erledigt war, wurde sofort in die Tagesordnung eingetreten und dem Gen.

Reichstagsabg. Schöpflin

das Wort erteilt zu seinem Vortrage über

„Stellungnahme zur bevorstehenden Reichstagswahl".

Wir stehen heute vor einem Wahlkampf, wie ihn die deutsche Sozialdemokratie noch nicht geführt hatte. **Selbst die schwersten Wahlkämpfe der Vorkriegszeit kommen nicht an den bevorstehenden Wahlkampf heran.** Ich erinnere an den Wahlkampf von 1907,

Wer verwilderte mit „Bonzen" und „Parteibuchbeamten" die politische Atmosphäre?

Die Nationalsozialisten!

Wer hat den typischsten Parteibuchbeamten zum Führer?

Die Nationalsozialisten!

Wer sorgte aber stets dafür, daß die Arbeiter neben den Pflichten auch Rechte im Staats- und politischen Leben erhielten?

Die Sozialdemokraten!

der mit „nationalen" Parolen gegen die Sozialdemokratie geführt wurde, bei denen wir die Hälfte unserer Mandate verloren haben, dabei jedoch unsere Stimmen vermehrten, weil jeder Genosse seine Pflicht erfüllte. Die Junker wollen mit diesem Wahlkampf der deutschen Demokratie das Rückgrat brechen und die Arbeiterschaft in das alte Untertanenverhältnis zurückbringen. Die Herrschaften wollen ihre Gelder nicht umsonst ausgegeben haben und Sie werden erleben, daß

in den nächsten Wochen die Gelder der Reaktion noch in viel höherem Maße fließen, um die Arbeiterschaft zu zerschlagen.

Wie die gesamte Arbeiterinternationale erkennt, wird der 31. Juli ein Schicksalstag für die Welt sein, sowohl für die gesamte Arbeiterschaft, wie für die Demokratie. Wenn der 31. Juli so ausfallen wird, wie ihn sich die Reaktion denkt, werden wir in eine Situation hineinkommen, von der man sich heute noch keinen Begriff machen kann. Daran lasse ich mich auch durch Beruhigungsartikel einzelner bürgerlicher Zeitungen nicht abbringen.

Denn Europa bildet eine Schicksalsverbundenheit, und diese wird durch einen Sieg der Reaktion zerschlagen.

Die politische und wirtschaftliche Krise wird nicht behoben, bevor eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich erzielt wird. Diese Verständigung wird jedoch durch einen Sieg der Reaktion zerschlagen. Auch in Frankreich hat die Wirtschaftskrise die Einsicht in die notwendige europäische Zusammenarbeit gefördert. Frankreich hat deshalb Tardieu den Abschied gegeben. Wir müssen deshalb deutscherseits die Voraussetzung für diese deutsch-französische Verständigung schaffen. Allerdings nicht eine imperialistische Verständigung deutsch-französischer Großindustrieller auf dem Rücken der breiten Volksmassen beider Länder mit dem Ziel eines Kampfblocks gegen den Osten.

Einen solchen deutsch-französischen Block zwischen Tardieuleuten und Papenleute mit einem Feldzug gegen Sowjetrußland lehnen wir ab.

Wie immer wir auch über Sowjetrußland denken — und Rußland macht es uns nicht leicht, sich Sympathien bei uns zu schaffen — die Arbeiterschaft hat keinerlei Neigung, dazu beizutragen, die ersten Ansätze kommunistischer Staatskunst zu zerschlagen. Die Kommunisten erkennen die Gefahr dieser kapitalistischen Koalition mit kriegerischen Möglichkeiten.

Trotzdem bringen es die Kommunisten bis zur Stunde nicht fertig von ihrem haßerfüllten Kampf gegen uns auch nur einigermaßen abzusehen.

Thälmann kennt auch heute nur den Kampfruf gegen SPD. und ADGB. Wir müssen den Kommunisten in den Versammlungen sagen, eine Einheitsfront wie ihr sie wollt unter der Führung der Kommunisten ist nicht möglich, sie würde die Arbeiterbewegung zerschlagen.

Aber es ist eine Einheitsfront möglich, ohne die Experimente der Kommunisten.

Die Kommunisten bräuchten nur statt gegen die Sozialdemokratie zu hetzen, ihre ganze Kraft gegen den Faschismus zu richten. Wir wären gerne bereit einen solchen Pakt zu schließen, und den gegenseitigen Kampf beiseite zu lassen, um unsere ganze Kraft der Bekämpfung der Faschisten zu widmen.

Dazu ist keine gemeinsame Leitung, keine gemeinsame Organisation, keine Verbundenheit durch „Einheitsfrontschwindel notwendig. Das könnte ohne „Einheitsfront"-Manöver gemacht werden,

hinter denen, wie in der letzten Reichstagsfraktionssitzung Gen. Künstler feststellte, nur sehr bedenkliche Ziele der Kommunisten stehen.

Ablehnen müssen wir es allerdings auf das Allerentschiedenste, die Arbeiterschaft vor die Maschinengewehre treiben zu lassen.

Kommunistische Narrenstreiche, die von der Reaktion geradezu heiß ersehnt werden, lehnen wir allerdings entschieden ab.

In der Arbeiterschaft hat die

nunmehrige Schwenkung Hindenburgs eine starke Enttäuschung und Erbitterung hervorgerufen.

Diese Gefühle sind menschlich begreiflich, aber politisch falsch. Denn wir hatten nur die Wahl zwischen Hindenburg und Hitler, und wählten Hindenburg, um die Gefahr des Faschismus von Deutschland abzuwehren. Denn es ist immer noch ein Unterschied zwischen der jetzigen Situation mit Hindenburg und einer Situation mit Hitler als Reichspräsidenten. Sowohl v. Gayl wie v. Papen betonen den grundlegenden Wechsel in der jetzigen Regierung gegenüber dem bisherigen Zustand. Der bestimmende Mann in dem jetzigen Kabinett ist

Herr v. Schleicher.

vor dem schon seit längerer Zeit gewarnt wurde. Es war durchaus klar, was Herr v. Schleicher will. Herr Schleicher macht Politik nicht nur mit dem Ziel die Demokratie zu zerschlagen, sondern mit dem Ausblick erst die Republik mit dem Kronprinzen, wobei sich das weitere dann finden wird. Dazu gehört Herr Dr. Geßler, der Hand in Hand mit Schleicher das gleiche Ziel verfolgt.

Die Parole Geßlers lautet: „Wir müssen in Deutschland zum Wahlkaisertum kommen, als das für Deutschland Vernünftigste."

Ich kann mir wohl vorstellen, daß im Spätherbst an der Spitze der deutschen Republik nicht mehr Herr von Hindenburg steht. Sausen die Dinge bergab bei der Reichstagswahl, dann ist die

Bahn frei für Herrn von Oels und Charleville.

Diese Entwicklung bedeutet jedoch, den Weg zur europäischen Verständigung zerschlagen. Ich erhebe daher gegen die herrschenden Kreise den Vorwurf, daß sie Deutschland nicht zur Ruhe kommen lassen wollen, daß sie das deutsche Volk vollends zur Verzweiflung bringen wollen, um die politische Atmosphäre für ihre Pläne reif zu bekommen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat diese Entwicklung vorausgesehen.

Auf dem Parteitag in Würzburg von 1917 erklärte **Scheidemann:** Mag der Krieg ausgehen, wie er will, nach dem Krieg muß demokratisch regiert werden. Wir werden an die Macht kommen. Dann kann es uns aber gehen, wie dem Arzt, zu dem der Patient die Geduld verliert, um dem **Kurpfuscher** nachzulaufen.

Der Kurpfuscher ist heute da!

(Zustimmung) und wir sehen wie die Dinge damit laufen. Die Sozialdemokratie war sich — auch auf dem Heidelberger Parteitag — sehr wohl des Weges der Entwicklung bewußt und sie hat die Dinge nicht sorglos laufen lassen. Ich werde es daher aufs heftigste bekämpfen, wenn man uns vorwirft, wir hätten die Dinge nicht kommen sehen.

Ich sah jedoch unsere Aufgabe darin, die Katastrophe zu verhindern, sei es durch Koalition, sei es durch Tolerierung.

Gerade die Entwicklung rechtfertigt die Tolerierungspolitik. Wir mußten mit den politischen Ereignissen rechnen. Wir machten die Politik mit zusammengebissenen Zähnen und sehnten die Stunde herbei, wo wir die Hände frei hatten. Ich bedaure keine der vorgenommenen Abstimmungen. Im Interesse der Arbeiter aller Länder, im Interesse des Sozialismus, ja im Interesse der Menschheit beschwöre ich Sie, beschwöre ich jeden Einzelnen, seine Pflicht zu tun.

Nicht 1000 Redner, nicht 1000 Flugblätter, nicht 200 Zeitungen müssen, sondern jeder der einen Million eingeschriebener Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei muß jetzt ein Kämpfer für die Partei sein.

Die sozialdemokratische Front muß stehen und der 31. Juli muß beweisen, daß die Sozialdemokratie nicht zu erschüttern ist. Es geht um das **Dasein der gesamten Arbeiterbewegung,** dies muß unser **Leitmotiv für den 31. Juli sein!** (Lebhafter Beifall).

Nach dem Referat wurde sofort in die

Aussprache

eingetreten. Es beteiligten sich an ihr die Genossen **Staiber-Bruchsal, Haebler-Karlsruhe, Schneider-Baden-Baden, Roth-Liedolsheim, Marum-Karlsruhe, Gretschmann-Eggenstein, Pestner-Offenburg, Blettner-Bruchsal** und **Rohbach-Karlsruhe.** Die diversesten im Referate erwähnten politischen und wirtschaftlichen Fragen wurden gestreift und jeder Redner versprach, die ganzen Kräfte einzusetzen, damit die Sozialdemokratie den Kampf ehrenvoll bestehe wird. Einen breiten Raum der Diskussion nahm die Tolerierungsfrage ein, ebenso die Einstellung der Reichswehr und natürlich die Tätigkeit der „Hofkamarilla", die zum Sturz der Regierung Brüning führte, wodurch die Gefahr für die arbeitende Klasse eine sehr große geworden ist. Die Taktik der Partei bzw. der Reichstagsfraktion, fand zum Teil Ablehnung, während ein anderer Teil der Redner sie befürwortete. Es wurde auch betont, daß gerade die Politik der Kreise, die jetzt an der Regierung sind, ein gerüttelt Maß Schuld am Kriege hat. Recht eindringlich ist auch darauf hingewiesen worden, daß der Kampf um die Freiheit und Rechte der arbeitenden Bevölkerung sich nicht nur auf parlamentarischen Boden bewegen werde, sondern andere Methoden anzunehmen sind und unsere sozialen und sozialistischen Forderungen nachdrücklich erhoben werden müssen. Die „Einheitsfront" mit den Kommunisten fand abenfalls Erwähnung und es war gerade ein Redner aus Bruchsal, der auf Grund der eigenen schlechten Erfahrungen erklärt, daß sie von der Einheitsfront mit der KPD. geheilt sei, denn eine Einheitsfront mit den Moskowitern sei eine Unmöglichkeit. Nur die Sozialdemokratie könne als Partei der Zukunft für die arbeitenden Schichten in Betracht kommen.

Im Schlußwort behandelte der Referent verschiedene in der Diskussion aufgeworfene Fragen und wandte sich u. a. gegen die Auffassung, daß es besser gewesen wäre, wenn den Nazis am 14. September 1930 die Regierung überlassen worden wäre.

Der zweite Punkt der Tagesordnung

Aufstellung der Kandidaten

fand seine Erledigung mit dem Ergebnis, daß dem Parteitag folgende Genossen als Kandidaten empfohlen werden: 1. Gen. **Schöpflin-Karlsruhe** (wie bisher). 2. Genosse **Lohmann-Pforzheim.** 3. Genosse **Marum-Karlsruhe** (Reichsliste).

Damit war die Tagesordnung erschöpft und der Vorsitzende **Koch** schloß mit anfeuernden Worten und der Aufforderung zu kräftigster Mitarbeit mit einem dreifachen „Frei Heil", in die Delegierten begeistert einstimmten, um 2 Uhr die gut sachlich verlaufene Konferenz.

Kreisversammlung Karlsruhe

Die Bedeutung und Aufgaben der Kreise, die doch ein gut Stück sozialer Arbeit leisten, sind in der Oeffentlichkeit leider zu wenig bekannt, was die Schuld daran trägt, daß sie nicht die gebührende Beachtung finden. So kam es, daß sich während der **Kreisversammlung** am letzten Samstag kaum ein Besucher auf der Tribüne des Bürgersaales unseres Rathauses zeigte. Nahezu vollzählig hatten sich indessen die Kreisabgeordneten eingefunden, mit ihnen Landeskommissär **Wolf** als Vertreter der Staatsaufsichtsbehörde, die drei Landräte des Bezirks, die Vorstände der Wasser- und Straßenbauämter.

Die **Wahl des Büros** brachte ein lustiges Zwischenspiel: Die Kommunisten wollten nämlich sämtliche Plätze belegen. Aber auch die Hitler hatten mit ihrem Anspruch auf den Vorsitz keinen Erfolg. Die Mehrheit wählte unseren Genossen Stadtrat und Kreisrat **Töpper**.

Genosse **Töpper** dankte für das ihm bekundete Vertrauen und nahm unter allgemeiner Zustimmung Gelegenheit, den hochverdienten Kreisvorsitzenden, Oberlandesgerichtsrat i. R. **Stritt**, zur Vollendung des **70. Lebensjahres** herzlich zu beglückwünschen. Er erinnerte an das außerordentlich segensreiche Wirken des Jubilars in einem Zeitraum von weit über 30 Jahren, wofür ihm der Kreis zu unauslöschlichem Danke verpflichtet sei.

Der **Kreisvorsitzende** dankte für diese Ehrung und gedachte dann in warmen Worten der verstorbenen langjährigen Mitglieder der Kreisversammlung: Josef **Stöhrer**, Ettlingen, und Rechtsanwalt Dr. Wilhelm **Frey**.

Herr **Stritt** begründete hierauf die kreisrätlichen Vorlagen, insbesondere den Voranschlag für 1932/33. Die katastrophale Wirtschaftslage ist natürlich auch für die Kreisfinanzen von bitterem Beigeschmack. Von einschneidender Wirkung waren die Notverordnungen und die Kreditsperre im Sommer vorigen Jahres, die sich um so unliebsamer fühlbar machte, als sie in einem Augenblick erfolgte, in welchem durch die im vollen Gang befindlichen Straßenunterhaltungsarbeiten zu erfüllen waren.

Es bedurfte außerordentlicher Anstrengungen, um einen sogenannten ausgeglichenen Etat vorlegen zu können. Die **Ausgaben sind um 682 255 ℳ gedrosselt** worden, ein Beweis, welch strenger Maßstab bei den Streichungen angelegt wurde. Insgesamt verzeichnet der Kreisvoranschlag an Ausgaben 1 935 120 ℳ, an Einnahmen 656 522 ℳ. Der durch Kreissteuern zu deckende Aufwand ist von 1 382 855 ℳ auf 1 282 598 ℳ zurückgegangen.

Der Kreisvorsitzende gab sodann eine aufschlußreiche Schilderung des Schicksals der **Bad. Lokaleisenbahn A.G.** Der am 26. September l. J. eröffnete Konkurs der Bleag hat für den Kreis recht unangenehme Folgen. Dieser muß nämlich auf Grund übernommener Bürgschaftsverpflichtungen für Tilgung und Verzinsung einer Summe von **1 747 240** ℳ aufkommen. Die Konkursquote ist außerordentlich gering. Unter den gegebenen Verhältnissen ist der Kreisrat zu dem Entschluß gekommen, **keine weitere Unterstützung der Bleag durchzuführen.**

Zum Schluß wies Herr Stritt darauf hin, daß die Kreisumlage unter dem Landesdurchschnitt liegt. Gleichwohl wird keine Erhöhung eintreten.

Die Kreisversammlung trat sofort in die

Einzelberatung

ein. Beim **Kapitel Straßen und Wege** bezweifelt Genosse **Nagel**, Pforzheim, daß mit den jetzt angeforderten Mitteln das Straßennetz in gutem Zustand erhalten werden kann. Genosse **Drollinger**, Karlsruhe, machte Ausführungen allgemeiner Art. Die sozialdemokratische Fraktion habe es sich diesmal versagt, Anträge zu stellen, denn der Voranschlag habe weitestgehend auf die wirtschaftliche Lage Rücksicht genommen. Es sei nur lebhaft zu bedauern, daß 682 000 ℳ gestrichen werden mußten und tief zu beklagen, daß die staatlichen Zuschüsse zur Landesarmenpflege von 97 000 ℳ auf 59 000 ℳ gekürzt worden sind. Bedauerlich ist ferner, daß beim Kapital Straßen und Wege 270 000 ℳ weniger ausgeworfen werden konnten.

Es folgte das **Kapitel Wandererfürsorge.** Hierzu hatte die NSDAP. beantragt, von den angeforderten 60 000 ℳ 30 000 ℳ der produktiven Arbeit zuzuführen.

Genosse **Drollinger** verteidigte in wärmster Weise die segensreiche Einrichtung der Wandererherbergen, wo die Armen der Landstraße Unterkunft erhalten und ihren Körper reinigen können. Genossin **Glockner**, Durlach, wünschte, daß noch mehr Kinder in Steinabad untergebracht werden könnten. Sie spricht mit Worten aufrichtigen Dankes von der vorzüglichen Leitung des Kindererholungsheimes und der Tätigkeit der Fürsorgerinnen.

Kreisrat **Plattner**, Friedrichstal, (Nat.Soz.) bezeichnete es als vornehmste Aufgabe, die Leute von der Straße wegzubringen. Deshalb sollten die 30 000 ℳ wirklicher Arbeitsbeschaffung und zwar dem Straßenbau dienen. Genosse **Modery**, Untergrombach, meinte, mit 30 000 ℳ sei nichts anzufangen. Sie kämen dadurch, daß die Wanderer verpflegt würden, ja auch der Wirtschaft zugute. Der Redner trat nachdrücklich dafür ein, daß für die Landkrankenpflege mehr als bisher getan wird, da die Gemeinden nicht alles auf ihre Schultern nehmen könnten. Der Kommunist **Weinbrecht** hält es für eine moralische Pflicht der Gesellschaft, für die, die heute auf der Straße herumlaufen, zu sorgen.

Genosse **Staiber**-Bruchsal beschäftigte sich gleichfalls mit der Wandererfürsorge. Die Sozialdemokratie hat es immer für eine vornehmste Aufgabe gehalten, sich der Leute auf der Straße anzunehmen. Man hat im Kreise dafür gesorgt, daß für diese Bedauernswerten das Menschenmöglichste geschieht um sie nicht ihrem Schicksal zu überlassen. Man kann diese Sorge den Städten und Gemeinden nicht zumuten; denn nicht eine einzige Gemeinde wäre dazu in der Lage. Hier hat der Kreis einzuspringen. Mit den Plattnerschen Vorschlägen bringt man die Leute nicht von der Straße weg. Der Streichungsantrag der NSDAP. ist unverständlich. Die Leute sind doch gezwungen, auf die Straßen zu gehen.

Kreisrat **Plattner** erwiderte mit heftigen Angriffen gegen die Sozialdemokratische Partei, die Genosse **Trinks**, Karlsruhe, entschieden zurückwies. Dekan **Kast**, Ettlingen, (Ztr.) wünscht Förderung der Landkrankenpflege. Kreisrat Oberbürgermeister Dr. **Meister**, Bruchsal, erörterte die Sachlage bei Streichung der 30 000 ℳ, da ja nur die Gemeinden belastet würden, die unter dem Fürsorgeetat bereits zusammenbrächen.

Im Verlaufe der Aussprache sprachen noch die Kreisabgeordneten Frau **Philipp**, Karlsruhe (Ztr.), **Fuchs**, Bruchsal (Ztr.). Die aufopfernde Tätigkeit der Fürsorgeschwestern fand von allen Seiten Dank und Anerkennung. Auch begrüßte man das klare Bild, das der Bericht des Kreismedizinalrats Dr. **Kappes** über das Gesundheitswesen des Kreises gibt.

Der Antrag der Nationalsozialisten wurde **abgelehnt.**

Beim Kapitel **„Gemeinnützige Anstalten und Vereine"** beantragte **Wenz**, Söllingen, für die **NSDAP. die Streichung der 1650 ℳ für die Arbeitersekretariate.** Die Kommunisten wollten einen Beitrag von 500 ℳ für die Arso. Kreisabg. **Bauer** begründete den Antrag. Die Debatte führte aufs neue in das Gebiet der hohen Politik — eine für die Kreisversammlung, die sonst nur das Forum für rein sachliche Arbeit war, ungewohnte Erscheinung. Genosse **Drollinger** erinnerte daran, daß die Arbeitersekretariate nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern auch von vielen anderen rechtsuchenden Personen in Anspruch genommen würden. Er empfahl die Sanitätskolonnen, die Jugendherbergen und Naturfreundehäuser angelegentlich der Unterstützung. Abg. **Nagel**, Blankenloch (Nat.Soz.), meinte, die Arbeiterkolonie Ankenbuk wäre sozialdemokratisch beeinflußt. Landrat **Benz**, Pforzheim, der auf seinem früheren Posten in Villingen mit Ankenbuk zu tun hatte, verneinte dies. Die Anträge der Flügelparteien wurden **abgelehnt.**

Es folgte das **Kapitel Landwirtschaft.** Genosse **Schäfer**, Wilferdingen, bedauerte, daß auch hier große Abstriche erfolgt seien und unterstrich die grundsätzliche Einstellung unserer Partei gegen die Zollgesetzgebung. Der Kommunist **Bauer** benutzte die Gelegenheit zu einem politischen Exkurs, während sich Abg. **Langenstein**, Karlsruhe (Nat.Soz.), in längeren Ausführungen über die landwirtschaftlichen Belange verbreitete. Genosse **Staiber**, Bruchsal, beklagte die Kürzung der Schulgeldbeihilfen an die Gemeinden. Es sprachen noch die Abg. **Nagel**, Blankenloch (Nat.Soz.), **Plattner** (Nat.Soz.), **Röser**, Bruchsal (Ztr.), worauf ein Antrag der Kommunisten auf Vereinheitlichung und Verstaatlichung der Hagelversicherung dem Kreisrat empfehlend überwiesen wurde.

Nun folgte eine ausgedehnte Debatte über die

Bleag,

die schon lange das Schmerzenskind des Kreises ist. Abg. Dekan **Kast**, Ettlingen, sprach von einer wahren Tragödie. Genosse **Modery** führte aus, die Bleag sei als Schmerzenskind für uns gestorben, Mitschuld trage nicht nur die wirtschaftliche Lage, sondern die maßgebende Direktion. Man hätte rechtzeitig nach den Fehlerquellen suchen müssen. Der Redner findet den von der Girozentrale geforderten Zinsfuß viel zu hoch. Er forderte zum Schluß, daß der Kreis keine Zuschüsse mehr leistet, solange sich die Bahn in den Händen der Deutschen Eisenbahnbetriebsgesellschaft Berlin AG. befindet.

Der Kommunist **Weinbrecht** verlangte die Ueberführung der Bahnen in die Verwaltung des Staates. Auf gewisse Vorwürfe von **Nagel** (Nat.Soz.) erwiderte sofort unser Gen. **Töpper** unter großer Aufmerksamkeit des Hauses. Der Vorredner habe ausgeführt, die „Systemparteien" seien schuld an dem Zusammenbruch der Bleag. Das hätte er vor zwei Jahren in den Gemeinden sagen sollen, die fortwährend nach Karlsruhe gekommen sind und petitioniert haben. Auch die nationalsozialistischen Kreisräte seien dafür eingetreten, daß die unrentable Strecke nach Ittersbach erhalten bleibe. Der Kreis habe die Bahnen nicht übernommen, um eine Bahn zu haben, sondern um die Verkehrsbedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen. Der Kreis sei sehr einwandfrei vorgegangen. Zu der Behauptung, „hätten wir vor zwei Jahren den Konkurs angemeldet, so hätten wir 100 000 ℳ gespart", bemerkte Genosse Töpper (der mit Stritt im Gläubigerausschuß saß): Damals waren die Voraussetzungen noch nicht gegeben. Der Aufsichtsrat, dem Mitglieder aller Parteien angehörten, hat sich nicht für die sogenannten Systemparteien betätigt, sondern einzig für die Bevölkerung. Die Ausführungen unseres Genossen **Töpper** wurden vom **Kreisvorsitzenden Stritt** unterstrichen.

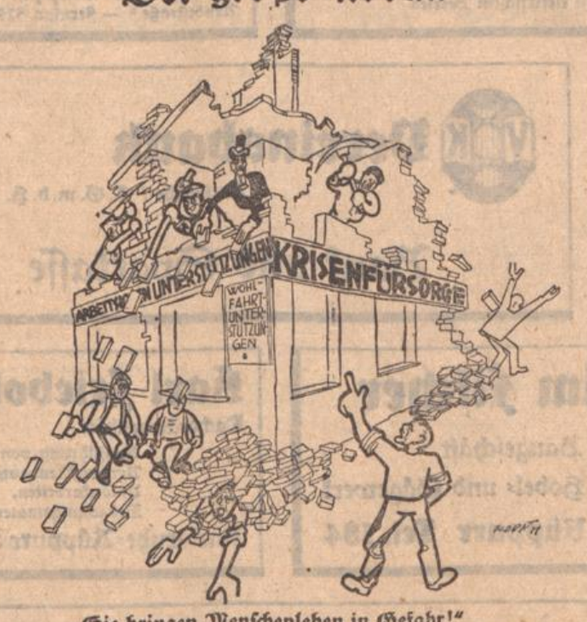
Dann nahm Genosse **Staiber** das Wort — gleichfalls zur Rechtfertigung gegenüber den Nationalsozialisten. Er führte aus: wer die Sozialdemokratie und das Zentrum in Verbindung damit bringe, daß der Kreis die Schulden zahlen muß, der irrt gewaltig. Nicht nur die sogenannten Systemparteien haben zugestimmt, daß die Bahnen übernommen werden, sondern die ganze Kreisversammlung, ausgenommen drei Abgeordnete. Die von uns beantragte Uebernahme der Privatbahnen auf den Staat haben die bürgerlichen Parteien **abgelehnt.** Wäre er angenommen worden, dann hätten wir uns nach dem Kriege nicht damit herumzuschlagen brauchen, aus volkswirtschaftlichen Gründen eine Bahn auf den Kreis zu übernehmen. Wenn heute die Dinge so gegangen sind, so ist es sicher, daß mit der wirtschaftlichen Depression auch die Direktion der Bleag einen großen Teil Schuld trägt. Die Sozialdemokraten waren es, die seit Jahren verlangt haben, daß eine Aenderung in der Direktion eintreten muß. Nachdem auch Kreisrat **Stadelbacher**, Karlsruhe (Ztr.) gesprochen, wurde Schluß der Debatte beschlossen.

Eine große Reihe von Anträgen, die die radikalen Parteien zur Budgetberatung gestellt hatten, fanden keine Mehrheit.

Der **Kreisvoranschlag** selbst wurde schließlich gegen nur wenige Stimmen **angenommen.** Die Kommunisten glaubten ihre Ablehnung mit einer Erklärung begründen zu sollen, die sich gegen die verhaßte bürgerliche Gesellschaft richtet. Es kam noch zum Aufruf **der Voranschlag der Kreispflegeanstalt Hub,** der ebenfalls genehmigt wurde. Von allen Seiten sprach man der Anstalt, ihrer Leitung Beamten- und Angestelltenschaft rückhaltlose Anerkennung für ihr **segensreiches Wirken aus.** Der Kreisvorsitzende, Herr Stritt, erfreut sich als „Vater der Anstalt" größte Wertschätzung. Auch ihm wurde aus der Mitte der Versammlung für sein verdienstvolles Wirken herzlich gedankt.

Nach über sechsstündiger Dauer erreichte die diesjährige Kreisversammlung nachmittags halb 3 Uhr ihr Ende. An dieser Stelle gebührt noch ein Dankeswort dem Genossen **Töpper** für seine umsichtige Geschäftsführung.

Der große Abbau



„Sie bringen Menschenleben in Gefahr!"
„Ist uns ganz egal. Der Bau muß herunter!"

Um die Irrläufer aus der Arbeiterschaft

Bei der im Jahre 1925 vorgenommenen Berufszählung umfaßte Deutschland 62,4 Millionen Einwohner. Davon gehörten einschließlich der selbständigen Heimarbeiter, der Hausangestellten und der unteren Beamten und Angestellten mehr als zwei Drittel zur Arbeiterschaft. Von 1925 bis 1932 hat sich der Anteil der Arbeiterschaft an der Gesamtbevölkerung zweifellos noch verstärkt. Würde nun die den übergroßen Teil der Bevölkerung ausmachende Arbeiterschaft bei den Wahlen nur ihre **eigenen,** d. h. die Arbeiterparteien wählen, so bestände für den mit dem besseren Mittelstand verbündeten Besitz die Möglichkeit, eine politische Mehrheit erreichen zu können, überhaupt nicht. Diese Möglichkeit ist nur denkbar, wenn die Rechtsparteien auch den kleineren Mittelstand zu sich herüberziehen und dazu noch Millionen von Arbeiterstimmen zur Abwanderung von links nach rechts bringen. Das erste Ziel hat der Besitz in der Hauptsache bereits erreicht. Für das zweite hat er seit jeher schon gekämpft, aber noch niemals glaubte er solche günstigen Aussichten zu haben wie heute.

Heute hat der Besitz bessere Verbündete denn je. Nach rechts lockt für den Besitz das täuschende Hitlerschild „sozialistische Arbeiterpartei", und dann hat auch noch die schwerste aller wirtschaftlichen Krisen größere Arbeitermassen aus dem seelischen Gleichgewicht geworfen. Jetzt oder nie will der Besitz es schaffen. Hat er es nur ein einziges Mal mit Hilfe der nicht bodenständig gewesenen und hin und her wandernden Arbeiterstimmen geschafft, so wird er es schon so einrichten, daß ihm die einmal gewonnene Macht nicht so leicht wieder fortgenommen werden kann. Das ist die heutige Situation und darum ist der jetzige Reichstagswahlkampf die Entscheidungsschlacht um den Besitz der politischen und damit auch der wirtschaftlichen Macht für eine längere Zukunft. Ging doch schon in den ersten Tagen nach der Bildung der neuen Regierung die Meldung durch die Presse, daß auch das Wahlrecht geändert werden solle. Daß der Besitz glauben kann, die jetzige Entscheidungsschlacht gewinnen zu können, kann man ihm, wenn man sich das Hin- und Herwandern von Arbeiterstimmen seit 1919 näher ansieht, nicht verübeln.

Rechnet man zu den Rechtsparteien Nazis, Deutschnationale, Landbund und Volkspartei, zur Mitte die anderen übrigen bürgerlichen Parteien und zur Linken die Sozialdemokraten, die Kommunisten, die USPD. und die SAP., so ergibt sich seit 1919 folgende Entwicklung:

Es betrug der Anteil an den abgegebenen gültigen Stimmen in Prozent:

	1919	1924	1928	1930	Preußen 1932
für die Rechte	14,7	35,3	25,5	30,4	44,7
für die Mitte	39,8	30,5	34,1	31,9	21,0
für die Linke	45,5	34,2	40,4	37,7	34,3

Danach haben die Rechtsparteien ihren Stimmenanteil seit Kriegsende von 14,7 Prozent auf 44,7 Prozent erhöhen können. Die Mittelparteien sind von 39,8 Prozent auf 21,0 Prozent gesunken. Sie würden diesen Satz nicht mehr haben, wenn nicht das Zentrum als stabile Partei für die Mitte übrig geblieben wäre. Die Linke, also die eigentlichen Arbeiterparteien, sind seit Kriegsende von 45,5 Prozent auf 34,3 Prozent gesunken. Bemerkenswert ist hiebei, daß in dem Krisenjahr 1924 die Arbeiterparteien verloren, in dem Konjunkturjahr 1928 wieder stark gewannen, in dem schon halben Krisenjahr 1930 aber wieder einbüßten und bis zu dem starken Krisenjahr 1932 noch weiter verloren.

Die Zahlen zeigen mithin ganz eindeutig, daß es gerade in den Zeiten wirtschaftlicher Krisen den Besitzenden leichter als sonst gelingt, größere Arbeitermassen zur Abwanderung von links nach rechts zu bringen. Daraus ergibt sich aber auch für die bodenständigen Wähler der Linken die Aufgabe, in solchen Zeiten mehr denn je die Ueberläufer festzuhalten und die bereits Abgewanderten zurück zu holen zu versuchen.

Ganz derbe ausgedrückt lehren die Zahlen, daß ein starker Teil der Arbeiterschaft sein Tun und Lassen nicht vom Kopfe sondern vom leerer gewordenen Magen bestimmen läßt. Diesen zwar menschlich verständlichen aber politisch folgenschweren Fehler eines Teiles der Arbeiterschaft kennen die Besitzenden und deshalb helfen sie mit Lügen und Verleumdungen über die Arbeiterparteien und deren Vertreter noch nach. Würde einem Kapitalisten, Großagrarier oder besserem Mittelständler zugemutet werden, wegen Raffeisen, Nordwolle, Danatbank, Schultheiß-Patzenhofer, Kreuger, Deva-Heim usw. nach links zu den ArAbeiterparteien abzuwandern, so würde dieser den Antragsteller jedenfalls für sehr naiv halten. Dem Arbeiter aber mutet man eine derartige Torheit zu. Er soll wegen angeblicher persönlicher Schwächen und Fehler einzelner seiner Vertreter diejenigen Parteien, zu denen er aus natürlichen Gründen gehört, verlassen und seinen Gegnern Hilfe leisten. Der ältere Wähler kennt diesen Zweck der Lügen, Verleumdungen und persönlichen Hetze schon aus Erfahrung; er bleibt bodenständig und wählt als Arbeiter auch bei der größten Schlammflut die Arbeiterpartei. Auch die jüngeren Wähler hierzu zu bringen, ist eine Aufklärungsarbeit, die der bodenständige Wähler in diesem Wahlkampf im vermehrten Maße zu leisten hat, denn die Zukunft der Deutschen Arbeiterschaft darf nicht durch diejenigen, die nicht wissen wo sie hingehören, und das sind die Irrläufer aus der Arbeiterschaft, entschieden werden.

Die Gerüchte über französische Truppenzusammenziehungen

DZ. meldet: In Berlin und auch in Baden waren am Freitag Gerüchte über **französische Truppenzusammenziehungen im Elsaß** an der pfälzischen Grenze verbreitet. Vom Reichswehrministerium können im einzelnen Auskünfte noch nicht gegeben werden, da die Meldungen noch geprüft werden. Es wird aber darauf hingewiesen, daß diese französischen Truppenbewegungen **ohne weiteres dadurch zu erklären** seien, daß **jetzt die Zeit** ist, wo auf dem größten französischen Truppenübungsplatz der unmittelbar an der deutschen Grenze liegt, ganze Divisionen zusammengezogen werden. Das Zusammenziehen der Truppen geschieht meist nicht durch Bahntransporte, sondern durch den **billigeren Fußmarsch,** so daß sich auf diesem Gebiete selbst größere Bewegungen ergeben würden.

Auskünfte der Redaktion

Reichenbach. Der Hinweis kam erst am Samstag nachmittag in unsere Hände, war also für die Samstagnummer zu spät.

Guter starker Kaffee für wenig Geld
Das ist durchaus möglich mit der altbewährten Kaffeewürze
Mühlen Franck

25 Jahre Gartenstadt Karlsruhe

Jubelfest der Gartenstadt

Enthüllung einer Gedenktafel – Kinderfest

Nachdem in einer glänzend verlaufenen Abendveranstaltung am Donnerstag im Konzerthaus in eindrucksvollen Reden und Aufführungen das 25 jährige Bestehen der Gartenstadt gefeiert worden war, worüber wir schon ausführlich berichtet haben, folgte am gestrigen Sonntag der zweite Teil des Jubiläumsfestes, das in der Enthüllung der Gedenktafel für Dr. Hans Kampffmeyer und Dr. Friedrich Ettlinger seinen Höhepunkt fand.

Die Siedlung hatte zu ihrem Jubiläumstage sich schön herausgeputzt. Bietet sie schon zu normalen Zeiten ein freundliches Bild, so hatten die Bewohner an diesem Gedenktage Häuser und Straßen in wahrhaft festlicher Weise ausgeschmückt. In dieser Hinsicht wetteiferten die „neuen" mit den „alten" Straßen (wie z. B. das „Spatzengäßle"), überall hatten die Bewohner in sinnfälliger Weise zum Ausdruck gebracht, wie sehr sie sich mit der Genossenschaft verbunden fühlen. Ein prächtiges Bild bot vor allem der Ostendorfplatz mit seiner Rasenanlage, seinem sprudelnden Brunnen, seinen Blumen, Wimpeln, Girlanden und bunten Fahnen.

Schon in den Vormittagsstunden sammelte sich hier eine zahlreiche Menge, als der Arbeitergesangverein Sängerbund Karlsruhe-Rüppurr in der Bedeutung des Tages fein angepaßten Liedern den Gartenstädtlern einen hohen Genuß bereitete. Klangfarbe und Ausdrucksfähigkeit des gemischten Chores waren ganz vorzüglich. Das zeigte sich namentlich in dem unvergänglichen Mozartschen Liede „Brüder, reicht die Hand zum Bunde", das die Liebe zur Gemeinschaft und den Gedanken der Völkerversöhnung in ergreifender Weise zum Ausdruck bringt. Aber auch die übrigen Lieder, ernste und heitere, zeigten den sangesfreudigen Chor unter der Stabführung seines Dirigenten, Hauptlehrer Schepp, auf einer hohen Stufe des Könnens. Der herzliche Beifall, den die Darbietungen fanden, hat bewiesen, daß der Verein seinen vielen Freunden mit dieser Morgenfeier ein köstliches Erlebnis vermittelt hat.

Die Enthüllung der Gedenktafel

wurde in sehr ansprechender Weise eingeleitet durch den Posaunenchor Rüppurr und durch ein frisches Wanderlied, gesungen von Kindern der Gartenstadt unter Leitung von Hauptlehrer Riedinger.

Hierauf hielt Rechtsanwalt Dr. Gönner, Gründungsmitglied der Genossenschaft, eine mit starkem Beifall aufgenommene Ansprache, in der er die beiden Männer feierte, die auf der Gedenktafel genannt sind. Sie seien eine überaus glückliche Mischung von Idealismus und nüchternem Tatsachensinn gewesen und nur so konnten sie gemeinsam das große Werk vollbringen: Dr. Kampffmeyer durch seinen unbesiegbaren Optimismus und Dr. Ettlinger durch seine Lebenserfahrung und nicht zuletzt durch seine immer offene Hand, die er in den finanziellen Bedrängnissen der jungen Genossenschaft bewiesen hat.

Nachdem der Vorstandsvorsitzende Vowinkel ebenfalls in beifällig aufgenommenen Worten auf die Verdienste der beiden Gefeierten hingewiesen und um die Zustimmung zur Absendung eines Danktelegramms an Frau Dr. Kampffmeyer gebeten hatte, fiel die Hülle von der mit frischem Lorbeer bekränzten Gedenktafel, die in goldenen Lettern folgende Inschrift zeigt:

„Im 25. Jahre des Bestehens der Gartenstadt dem Träger des Gedankens Hans Kampffmeyer, dem Förderer des Werkes Friedrich Ettlinger in Dankbarkeit gewidmet. 1932."

Von lebhaftem Beifall begrüßt, nahm nun Dr. Ettlinger das Wort, indem er ein Charakterbild des Gründers zeichnete, die Ziele hervorhob, die Dr. Kampffmeyer geleitet haben und das tragische Geschick beklagte, das diesen wahrhaft uneigennützigen Menschen wenige Tage vor diesem Fest aus den Reihen der Lebenden gerissen habe. Aus der großen Zahl seiner Mitarbeiter wolle er noch zweier anderer Männer gedenken, Ostendorf und Botz, die sich um die Entwicklung der Genossenschaft sehr verdient gemacht hätten. Nachdem er noch seinen Dank für die freundliche Gesinnung, die ihm entgegengebracht werde, ausgesprochen hatte, schloß er seine gedankenreiche und beziehungsvolle Ansprache unter dem starken Beifall der Zuhörer.

Nun setzte sich der

Kinderumzug

in Bewegung. Mit Blumen im Haar und Fähnchen in den Händen, die Kleinsten in schön geschmückten Wägelchen, zogen sie jubelnd durch die Gartenstadt, um schließlich auf dem Spielplatz zu landen, wo zum Ergötzen der Erwachsenen einige schöne Reigen aufgeführt wurden. So nahm das Jubelfest der Gartenstadt einen schönen Verlauf, und die Erinnerung daran wird bei allen Teilnehmern noch lange haften.

G.

Tapeten, Linoleum
Steinholz-Ausführungen
Fritz Merkel
Kreuzstraße 25 Telefon 2586
Größtes Spezial-Geschäft am Platze

GASKOKS DER GUTE BRENNSTOFF
Der wirtschaftlichste Brennstoff für Zentralheizungen, Zimmeröfen und Herdfeuerungen ist der erstklassige
Kammerofen-Brechkoks
des Gaswerks Karlsruhe
Benutzen Sie unser Abonnenten-Abkommen, es erleichtert die Beschaffung Ihres Brennstoffbedarfs
Bestellungen:
Amalienstraße 83, parterre, am Kaiserplatz — Telefon 5350 bis 5358 und 3343 • Schlachthausstraße 3 — Telefon 6560 bis 6562

FERRALUX
Gas- und Kohlenherde / Oefen (alle Systeme) / Haus- und Küchengeräte / Bau- und Möbelbeschläge / Werkzeuge
Kleineisenwaren / Landwirtschaftliche Artikel
C. J. Ettlinger, Karlsruhe
Ecke Kaiser- und Kronenstraße — Telefon 5700

Bauhütte Karlsruhe
Gemeinnützige Baugesellschaft m. b. H.
Büro: Marienstraße 96
Lager: Rüppurrer Straße 118
Fernsprecher 5200
Bauausführungen aller Art

Frühlingsglück
in der erwachenden Natur kann man nur bei voller Gesundheit empfinden. Daher versäume niemand den rechtzeitigen Beginn der
Yoghurt-Frühjahrskur
mit dem echt bulgarischen Dr. Axelrods Yoghurt der
Städtischen Milchzentrale Karlsruhe
Telefon 5294/5295

Julius Graf & Cie.
G. m. b. H.
Dyckerhoff-Zement, Kalk, Wieslocher Ziegel, Hourdis, feuerfeste Steine, Asphalt, Dachpappe usw., Steinzeug- und Zementröhren, alle Kanalisationsartikel. — Ausführung von Boden- und Wandplatten aller Art, Muster-Platten, Zeichnungen, Kostenanschläge auf Wunsch. — Wir bitten um Besichtigung unserer Muster-Ausstellung.

Reformhaus Reiser
Karlsruhe-Rüppurr
Rastatter Straße 83
Spezialgeschäft für Körper- und Naturheilpflege, Reformlebensmittel sowie Reformliteratur

Gottfried Dummel
Karlsruhe-Gartenstadt
Asternweg 44 Werkstätte: Rastatter Str. 60
Glaserei und Schreinerei
mit elektrischem Betrieb

Gustav Kull
Gipser- und Stukkateurgeschäft
Fachgemäße Ausführung sämtl. Innen- und Außenputzarbeiten.
Spezialität: Kunstmarmor.
Karlsruhe-Rüppurr
Arndtstraße 5 — Fernspr. 5199

Städt. Sparkasse Karlsruhe
Spar-Verkehr Giro-Verkehr

Buchleither & Gros
Malergeschäft
Werkstätte für Dekorationsmalerei
Telefon 6637, 6638
Friedenstraße 5

VK **Vereinsbank**
Karlsruhe / E. G. m. b. H.
Bank und Sparkasse

Blechnerei, Installation, Sanitäre Einrichtungen, Haus- und Küchengeräte, Gas- und Kohlen-Herde
Christian Beck
Karlsruhe-Rüppurr
Gartenstadt Ostendorfplatz 5 Telefon 3718

Möbelhaus
Maier Weinheimer
Karlsruhe i. B., Kronenstraße 32
Großes Lager / Kein Laden / Billigste Preise / Zahlungserleichterung

Wilhelm Fischer
Baugeschäft
Hobel- und Sägewerk
Karlsruhe-Rüppurr Tel. 584

Karl Friebolin
Dachdeckergeschäft
Ausführung von Dacharbeiten aller Art, wie Neubauten, Reparatur- und Umdeckarbeiten. Stets sämtliche Bedachungsmaterialien auf Lager
Karlsruhe-Rüppurr Allmendstraße 13 Fernsprecher 6393

In der heutigen Not können Sie immer noch viel Geld sparen, wenn Sie meine
veredelte Dauerwäsche
(kalt abwaschbar) tragen. Machen Sie damit heute noch einen Versuch! Es lohnt sich. In allen Formen und Weiten vorrätig!
Dauerwäsche-Spezial-Geschäft
Kaiserstr. 40 Telefon 5476 Gegr. 1910

LVK **Alle Lebensmittel** in bekannt vorzüglicher Qualität zu den billigsten Tagespreisen liefert der
Lebensbedürfnisverein Karlsruhe e. G. m. b. H.
Warenabgabe nur an Mitglieder
Aufnahme kostenlos in allen Verteilungsstellen

Groß-Karlsruhe

Geschichtskalender

13. Juni.

1793 Negerrevolution auf Domingo. — 1810 †Republikanischer Schriftsteller J. G. Seume. — 1921 Proteſtgeneralſtreik (Gareismord) in Bayern. — 1924 Doumergue wird Präſident von Frankreich, Herriot Miniſterpräſident. — 1931 Preußen: Vertrag mit evangelischen Kirchen vom Landtag angenommen.

Sozialdemokratie und Reichstagswahl

Hauptversammlung der Sozialdemokratischen Partei

In einer gut besuchten Versammlung im Elefanten nahm die sozialdemokratische Partei Karlsruhe am Samstag abend Stellung zu den Reichstagswahlen. Das einleitende Referat hierzu hatte Genosse Reichstagsabg. Marum übernommen. Einleitend verwies er auf die Wichtigkeit der Wahl, die auf Jahrzehnte hinaus das Schicksal Deutschlands und seiner arbeitenden Bevölkerung entscheiden werde. Vielleicht sei es das letztemal für eine Reihe von Jahren, daß überhaupt gewählt werden könne, denn die Absichten der Faschisten ließen dies erkennen. Recht eindringlich betonte der Redner, daß mit dem Wählen die Arbeit nicht erledigt sei, denn erst nachher werde der Kampf erst recht geführt werden müssen, aber wahrscheinlich nicht mit Stimmzettel.

Genosse Marum kam sodann auf das Vergangene zu sprechen, insbesondere auf die Situation nach den letzten Reichstagswahlen und die sich hierzu ergebene Taktik der Sozialdemokratie, die darauf gerichtet war, den **Faschismus von der Macht fernzuhalten.** Die Haltung der jetzigen Regierung habe schon bewiesen, wie richtig die Taktik der Sozialdemokratie war. Auch eine andere Einstellung der Sozialdemokratie bei der **Reichspräsidentenwahl** hätte nur die **Wahl Hitlers** zur Folge gehabt. Redner setzte sich des weiteren mit der **Auffassung auseinander, daß es besser gewesen wäre, nach den letzten Reichstagswahlen Hitler ans Ruder zu lassen.** Man könnte, so betonte er, mit dieser Ansicht einverstanden sein, wenn die Nazis eine demokratische und parlamentarische Partei wären. **Im Wesen des Faschismus liege es aber, daß er die demokratische Verfassung benütze, um die Demokratie zu stürzen und die Herrschaft der Gewalt und des Terrors aufzurichten, wie die Entwicklung in Italien zeige.** Besitze aber der Faschismus die politische Gewalt, sowie die Reichswehr und die Polizei, dann sei es um die Demokratie und die Freiheit der arbeitenden Schichten auf längere Zeit geschehen. Die Sozialdemokratie könne es aber im Interesse der Arbeiterschaft und vor der Geschichte nicht verantworten, daß durch ihre Schuld die Nazis an die Macht kommen.

Im weiteren Verlauf beschäftigt sich Genosse Marum mit den Ursachen zum Sturze Brünings. Er war der Reaktion zu sozialdemokratisch, was ihre Auslassung über den Wohlfahrtsstaat schon beweise. Nun solle u. a. die Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche abgeschafft und die Arbeitslosenunterstützung gekürzt werden. Aus all diesen Maßnahmen ginge hervor, daß die jetzige Regierung eine verkappte Faschistenregierung sei. Der neue Reichstag soll nach Ansicht der Reaktionäre eine Mehrheit aus Nationalsozialisten, Deutschnationalen und den Splitterparteien bringen, die der Regierung ein **Ermächtigungsgesetz bewilligen** soll, damit der Reichstag beimgeschickt werden könne, um so die Diktatur der Barone und Generäle unter Stützung auf Reichswehr und SA. errichten zu können. Nach Auffassung des Redners dürfte diese Rechnung wohl falsch sein, denn es sei kaum anzunehmen, daß die Nazis Herrn Papen nach der Wahl unterstützen würden. Auch sei zu beachten, daß die Aufhebung des SA.-Verbots die Einzelstaaten nicht hindern, ein eigenes Verbot zu erlassen.

Genosse Marum ging sodann noch auf die Aussichten der Parteien bei der Wahl ein, wobei er besonders hervorhob, daß es für die Interessen der Arbeiterschaft besser stehen würde, wenn man mit den Kommunisten vernünftige Politik treiben könnte, was aber als unmöglich gelte.

Zum Schlusse wies er noch einmal auf die große Gefahr des Faschismus hin und fordert die Genossen auf, alles zu tun, um den schweren Kampf erfolgreich zu beenden.

Das Referat löste allgemeinen Beifall und eine sehr ausgedehnte Aussprache aus.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die **Wahl der Delegierten** zur Wahlkreiskonferenz und zum Parteitag, worauf um 12 Uhr die Versammlung geschlossen werden konnte.

Jahreshauptversammlung des Verkehrsvereins Karlsruhe

Am Donnerstag abend hielt, wie schon kurz berichtet, der Verkehrsverein unter dem Vorsitz von Verbandsdirektor L. Steinel in den Schrempp-gaststätten seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung ab, die durch einen äußerst fesselnden Lichtbildervortrag des Vorsitzenden der Ortsgruppe Haardt des Pfälzerwaldvereins, Herrn Karl Krumrey, über eine Wanderfahrt durch die Pfalz eingeleitet wurde.

Hierauf konnte Verbandsdirektor Steinel die Mitgliederversammlung mit Dankesworten an die zahlreich Erschienenen eröffnen. Der Geschäftsführer des Verkehrsvereins, Verkehrsdirektor Julius Lacher, gab sodann in einem prägnanten Vortrag ein lebendiges Bild über die im letzten Jahr geleistete Arbeit des Verkehrsvereins. Das abgelaufene Jahr war auch in der Landeshauptstadt Karlsruhe für den Fremdenverkehr ungünstig, jedoch war der Ausländerverkehr etwas günstiger als in gleichartigen anderen deutschen Städten. Im ersten Vierteljahr 1932 ist sogar ein leichtes Ansteigen des Fremdenbesuchs in Karlsruhe festzustellen. Destoweniger wird sich der Verkehrsverein abhalten lassen, alles zu tun, was in seinen Kräften steht, um als ältester Verkehrsverein Badens und entsprechend seiner besonderen Aufgabe in der badischen Landeshauptstadt weiterhin intensiv für die Hebung des Fremdenverkehrs in Karlsruhe und Baden zu werben. Erfreulicherweise kann der Verkehrsverein im letzten Jahr auf eine erhebliche Zunahme der Mitgliederzahl hinweisen. Im Laufe des letzten Jahres wurden drei Werbeabende, und eine Mitgliederversammlung mit Lichtbildervortrag veranstaltet; der Werbeausschuß tagte zweimal, außerdem wurden durchschnittlich alle 14 Tage Sitzungen des Vorstandes einberufen.

Propaganda

Zur Hebung des Fremdenverkehrs hat der Verkehrsverein auch im letzten Jahr wieder eine Reihe neuer Prospekte herausgegeben. In den Monaten Juni bis Dezember 1931 wurde die Karlsruher Wochenschau mit monatlich 2000 Stück herausgebracht, leider mußte hier infolge dre Beschränkung der finanziellen Mittel die Herausgabe zeitweilig eingestellt werden. Eine weitere Folge des Rückgangs der Mittel war die Einschränkung des Personals in der Geschäftsstelle. Außerordentlich wertvolle Arbeit hat die Auskunftsstelle des Verkehrsvereins geleistet, im letzten Jahr wurden rund 25 000 Personen abgefertigt. Ergänzt wurde die Werbearbeit durch umfangreiche Versendung von Photos, Klischees und Bildmatern, die überall Beifall fanden. Außerdem wurden in Holland und bei badischen Heimatvereinen in Deutschland Lichtbildervorträge gehalten.

Verkehrsbelebende Veranstaltungen

Im Jahr 1931 gelang es dem Verkehrsverein im Zusammenwirken mit der Stadtverwaltung 25 Tagungen und Kongresse mit über 4000 Teilnehmern nach Karlsruhe zu bringen. Außerdem wurden hier 8 kleiner Ausstellungen und Musikveranstaltungen, ferner 19 bis 20 große sportliche Veranstaltungen abgehalten. Für das Jahr 1932 sind bis jetzt 26 Tagungen vorgesehen. Im Mittelpunkt der diesjährigen Karlsruher Ereignisse steht der 21. Deutsche Feuerwehrtag, anläßlich dessen etwa 6000 bis 10 000 Feuerwehrleute aus Deutschland und den Nachbarstaaten in der badischen Landeshauptstadt erwartet werden. Direktor Lacher hob sodann den kulturellen und verkehrspolitischen Wert der im letzten Jahr veranstalteten „Badischen Woche" in Karlsruhe hervor.

Eisenbahnverkehr

Die Fahrplangestaltung im letzten Jahr bringt infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse keine neuen Zugsverbindungen, dagegen wurde durch die Beschleunigung der durchgehenden Züge und Verbesserung des Nahverkehrs der Verkehr wesentlich gefördert. Wie sich aus der späteren Aussprache ergab, bestehen jedoch in Baden noch zahlreiche Wünsche im Vergleich zu anderen Ländern. Im Kraftwagenverkehr konnte die Kraftpostverbindung nach Karlsruhe —Rußheim erhalten bleiben, der Verkehr auf den Postlinien nach den Hardtgemeinden war relativ gut. Mit Hilfe des Kreises Baden wurde der Ausbau der Schwarzwaldhochstraße, die fast fertiggestellt ist, im letzten Jahr betrieben. Man hofft, daß sie wenigstens in den Monaten Juli und August d. J. wieder befahren wird. Der Verkehr nach der Pfalz ist infolge der Brückenverhältnisse bei Maxau noch äußerst unbefriedigend. Leider wurde auch der regelmäßige Personenverkehr auf dem Oberrhein durch die Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrt eingestellt, einen gewissen Ersatz bieten die nunmehr von dem Personenboot „Enderle von Ketsch" durchgeführten Gesellschafts- und Fernfahrten. Hoffentlich gelingt es, in besseren Zeiten die Köln-Düsseldorfer-Rheindampfschiffahrt wieder für einen regelmäßigen Verkehr zu interessieren.

In Bezug auf die Verbesserung der **örtlichen Verhältnisse** hat der Verkehrsverein sich um die Verschönerung der Anlagen, den Ausbau von Spazierwegen, namentlich mit Unterstützung des Schwarzwaldvereins, der neue Wege durch den Hardtwald erschloß und markierte, bemüht. Direktor Lacher streifte sodann noch die badischen Rundfunkverhältnisse und schloß seine Ausführungen mit einem herzlichen Dank an die Behörden, die Vereine und den Hauptausschuß, die sich redlich bemüht haben, den Verkehrsverein in seinen Bestrebungen um das Wohl der badischen Landeshauptstadt tatkräftig zu unterstützen. Dankesworte widmete er auch dem Personal der Geschäftsstelle, besonders dem Bürovorstand, Obersekretär Revenus und dem Kassier Muncke, die in jahrelanger, aufopferungsvoller Arbeit der Geschäftsführung wertvolle Dienste erweisen.

Kassier Muncke trug sodann den **Rechenschaftsbericht** vor, der mit einem Gesamtbruttoumsatz von 380 000 ℳ abschließt. Der Voranschlag für das neue Vereinsjahr sieht an Einnahmen 25 050 ℳ, an Ausgaben 27 818 ℳ vor, so daß ein Fehlbetrag von 2768 ℳ verbleibt. Der städtische Zuschuß wurde leider auf 8000 ℳ gekürzt. Die Versammlung billigte einstimmig den Jahresbericht, den Kassenbericht und den Voranschlag. Ebenso wurde eine Satzungsänderung, nach der die Zahl der Ausschußmitglieder aus Zweckmäßigkeitsgründen von 32 auf 34 erhöht wird, angenommen.

Der Vorsitzende widmete sodann dem Geschäftführer des Vereins, Verkehrsdirektor Lacher, herzliche Dankesworte für seine unermüdliche Arbeit im Verkehrsverein. Nur wer mit ganzem Herzen sich für die Sache des Verkehrsvereins und der Stadt Karlsruhe und damit der Landeshauptstadt einsetze, könne eine so riesige Arbeit bewältigen, wie sie Direktor Lacher leiste. Er gab sodann unter Beifall der Versammlung der Hoffnung Ausdruck, daß sich der Geschäftsführer auch weiterhin ebenso treu in den Dienst seiner Heimatstadt stellen möge. Es folgte sodann eine rege Aussprache über eine Reihe wichtiger Verkehrsfragen, über die gesondert berichtet wird.

*

(:) **Der Arbeitsausschuß für Bildungsmaßnahmen der Karlsruher Notgemeinschaft veranstaltet am Dienstag, den 14. Juni 1932 um** 20 Uhr im neuen **Studentenheim,** Parkring 7, erneut einen Unterhaltungsabend für alle Erwerbslosen- und Wohlfahrtsempfänger, diesmal in Form eines **„Heiteren Theaterabends"**, der wieder einige genußreiche und frohe Stunden zu bieten verspricht. Die unter Leitung von Herrn **Kurt Amerbacher** stehende **„Theatergruppe"** des Bildungsausschusses wird an diesem Abend 2 witzige und zündende Schwänke zur Aufführung bringen und damit den Hauptteil des Programms bestreiten. Gesangliche Darbietungen einer **Singgruppe** aus den Erwerbslosenkursen unter Führung von Herrn akad. **Musikdirektor Cassimir** und besondere musikalische Gaben des **„Mandolinenvereins Edelweiß"** Karlsruhe (großes Orchester) unter Stabführung von Herrn **Max Paul** werden den Abend abwechslungsreich gestalten. **Der Eintritt** ist für alle Erwerbslosen- und Wohlfahrtsempfänger **frei** (keine Restauration); Eintrittskarten beim Arbeitsamt, Fürsorge- und Jugendamt und bei den Organisationen erhältlich.

Arbeitersamariterkolonne Karlsruhe. Auf den heute abend 8 Uhr im Zeichensaal der Hebelschule stattfindenden Vortrag von Gen. Med.Rat Dr. Jäger sei hiermit aufmerksam gemacht. Gen. Dr. Jäger wird das Thema Soziale Hygiene behandeln und damit in Verbindung über Infektion und Desinfektion sprechen. Da das Thema für die werktätige Bevölkerung von ganz besonderem Interesse ist, ist der Besuch von seiten der in der Arbeiterbewegung organisierten Genossen wärmstens zu empfehlen.

(:) **Promenadekonzert.** Die Badische Polizeikapelle veranstaltet am heutigen Montag, den 13. Juni, von 17 bis 18 Uhr auf dem Schloßplatz bei günstiger Witterung ein Promenadekonzert unter der Stabführung von Korpsführer Polensky.

Das versunkene Dorf Daxlanden

(Schluß)

Die Tatsache, daß die ersten Bewohner des alten Ortes Daxlanden Fischer, Schiffer und Jäger waren, ergibt sich aus alten Urkunden und Akten. Wir lesen z. B. in einer Urkunde des Klosters Weißenburg aus dem 13. Jahrhundert, wo es heißt „seduli et nawigationes in Dahersla" = seßhaften Fischer und Schiffer in Daxlanden. Nicht von ungefähr hat Daxlanden als Gemeindewappen einen goldenen Angelhaken im roten Schild.

Die erste Kenntnis von dem alten Daxlanden erhalten wir in einer Urkunde des Klosters Weißenburg, darin es heißt: „Item in Obernwissen dictum buttelwisse et ex altera parte reni in marca Dahersla habens quantitatem", das bedeuten soll, daß das Kloster Weißenburg in der oberen Wiese, genannt Buttelwiese, die zum Teil auf dem andern Ufer des Rheines liegt, auf der Gemarkung Daxlanden, auch Anteil hat. Dieser Besitz gehörte zum „Ambt Hagenbach".

Gegen die Hagenbacher drüben überm Rhein (Kurpfalz) hatten die Daxlander sich dauernd um ihren Grund und Boden, Wälder und Felder, Gewässer-, Jagd-, Fischerei- und Goldwäschereirechte zu wehren. Und es waren doch keine reichen Leute, die alten Daxlander; denn es steht in einer Urkunde des Klosters Weißenburg vom Jahre 1398, die die Rechte der Daxlander vor den nimmersatten Hagenbachern schützt: „von die armen lüte zu Dahslan". Noch im Jahre 1708 entbrannte ein solch großer Rechtsstreit zwischen der Herrschaft Baden-Baden, zu dem Daxlanden gehörte und der Stadt Hagenbach. Im Generallandesarchiv liegen hierüber Akten, betitelt „Den auf diesseitigem Daxlander territorio gelegenen Gold- und Großen Grund, welch letzterer von Churpfalz Redoutten Grund genannt und daher diesseits ebenfalls als irrig nachgelallet wird und die auf beiden Gründen hergebrachte von Churpfalz aber angefochtenen Goldwaschens-, Vogelfangs-, Jagens- und Fischereigerechtigkeiten betreffend".

Das große Wort darin führt der Hagenbacher Stadtschreiber, dessen schwulstigen, von tiefer Unterwürfigkeit und Knechtsseligkeit triefenden Berichte einen anwidern. In all den Schreiben ist die Heuchelei handgreiflich.

Die Daxlander hatten ungeheuer viel Leid zu ertragen. Eine furchtbare Ueberschwemmung der Rheinniederung folgte der andern und riß Grund und Boden mit sich fort. Selbst an dem Hochgestade fraß der Rheinstrom dauernd Stücke weg.

Die erste geschichtlich nachgewiesene Wassernot, durch den Rhein verursacht, erfolgte am 6. Juli 1524. Auch die Nebenflüsse des Rheins, besonders die Alb, überflutete, verheerte und durchwühlte die Aecker und Wiesen. Das Wasser stürzte in Bächen von dem Gebirge herab. Der Jammer über die Schäden, den das Hochwasser anrichtete, war unbeschreiblich. Ein Zeuge dieser Ueberschwemmung befindet heute noch an dem ehemaligen Hause des Bürgermeisters Wakher in Ettlingen. Dann kamen die Hochwasser im Jahre 1590 und 1595, die gräßlichen Schaden anrichteten und die alle mehr oder weniger an der Gemarkung Daxlanden große Stücke abbrachen und wegschwemmten. Immer und immer wieder heißt es in den betreffenden Akten, daß Länder in den Rhein gebrochen oder gefallen, rheinbrüchig geworden sind. Die schlimmste Wasserflut erfolgte in der Nacht vom 5. auf 6. März des Jahres 1651, wo der Rhein zwischen Forchheim und Neuburgweier durchbrach und alles mit sich fortriß, was ihm Widerstand leisten sollte oder wollte. Im Generallandesarchiv hier wird eine alte und kunstvoll handgezeichnete Planzeichnung, die vielleicht aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts stammt, aufbewahrt. Sie ist überschrieben „Rheinabriß von Beinheim bis under Dachsland". Der Ort Daxlanden ist darauf als ein kleines Dorf mit etwa 30 Häuslein dargestellt. Abseits vom Dorfe, gegen Osten, steht die ummauerte Kirche mit einem einfachen Turme, den eine ausgezahnte Brüstung umgibt. Das Dorf selbst ist durch einen Holzzaun eingefriedigt mit einem einfachen Holzgittertor als Eingang in das Dorf. Früher nannte man diese Art Eingänge Gegatter und den von dem Holzgitter umgebenen Raum, auf dem das Dorf stand, den Orisetter, welche Bezeichnung bis auf den heutigen Tag erhalten blieb.

Von dem dürftigen Holzgittertor aus führte ein schmaler Weg ins Freie, der in kurzer Entfernung vom Dorfe in zwei Feldwege gabelte, einer in der Richtung Forchheim und einer in der Richtung gegen Ettlingen. Das Dorf lag damals etwa auf der Hälfte des Weges zwischen dem heutigen Forchheim und dem heutigen älteren Teil von Daxlanden.

Ueber diesen für Daxlanden so verhängnisvollen Rheinbruch vom Jahre 1651 lesen wir in den Akten des Generallandesarchivs, Conv 5, Kirchenbaulichkeiten, betreffend die Unterhaltung der Kirche zu Dachslandt und die Erbauung einer neuen Kirche vom 6. Februar 1683. Es heißt da in dem ersten Berichte: „Seith daß der Rhein bey uns durchbrochen ist mit damaligem Kirchlein samt den halben Kirchäckern und meisten Land den Rhein hinunter geführt wurden, ist das dasige Notkirchlein in einem derartigen Zustand, daß man kein Gottesdienst darin halten, da dieselbe völlig überhauffengefallen tädt und die Leidt erschlagen und Windt, Regen, Ohngewitter den gäntzlichen Ruin herbeiführen."

Da die Kirche von dem damaligen Daxlanden im Osten des Dorfes stand, muß der Rheinstrom ziemlich weit in das Land eingebrochen sein. Ueber die Hälfte des Dorfes samt Kirche nahm er mit fort in seinen Fluten. Aus dem Kirchhof wurden die Särge hinweggespült und über 700 Morgen Feld und Wald brachen in den Rhein. Der stehengebliebene Teil des Dorfes lag nun auf einer Insel, ringsum vom Wasser des Rheins umflossen. Der Forchheimer Rheinarm aber, wie er seit dem Jahre 1651 auf alten Karten und Plänen bezeichnet wird, muß aber an diesem Rest des alten Dorfes solange genagt und gefressen haben, bis es vollends in den Fluten des Stromes versank. Jedenfalls muß es allmählich verlassen worden sein, denn die Bewohner fristeten ein gar armseliges Leben dort, da selbst das Notkirchlein nach dem obigen Berichte vom Jahre 1683 so baufällig geworden war, daß die herabfallenden Steine und Balken die Besucher des Gottesdienstes erschlugen und Regen und Wind den gänzlichen Ruin herbeiführten. Allem Anschein nach erinnert das Bildstöcklein am Rande des Hochgestades mit der Inschrift „errichtet dem Berichte" und das in der Rheinniederung, hart am Hochgestade gelegene Gewann Insel an den Standort des ersten Dorfes Daxlanden. Spätere Akten im Generallandesarchive aus dem 18. Jahrhundert berichten, daß das Dorf Daxlanden wegen wiederholten Einbruchs des Rheines zweimal zurückgebaut wurde. Auch über das zweite Dorf Daxlanden wollen wir Näheres hören und wohl auch über das dritte heutige Daxlanden.

Ueberdies ist dieser Forchheimer Rheinarm, der das alte Dorf Daxlanden verschlungen hat, in seinem früheren, damaligen Lauf heute noch gut zu erkennen. In nicht allzuweiter Entfernung vom Hochgestade ziehen von oben bei Neuburgweier, über Forchheim und Daxlanden bis zum Rheine hin Teiche, Sümpfe, Moore und wässerige Wiesen, bewachsen mit Schilf und saurem Sumpfgras. Im Frühjahr und ganz besonders im Spätjahr lagern schwere graue Nebel- und Dunststreifen über dem ehemaligen Rheinstromarme. In nicht mehr als etwa 2 bis 3 Meter Bodentiefe ziehen heute noch die Grundwasserströme entlang dem Hochgestade und nagen langsam aber fortdauernd an dem Fuße des Raines. Dann und wann brechen immer wieder Stücke vom Hochgestade ab und fallen in die Rheinniederung hinunter. Die Abbrüche sind besonders an der Stelle zu erkennen, wo einst in der Nähe das Dorf Daxlanden gestanden hat.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

J. B. 1 und 5

Dienstag, 14. Juni, abends 8 Uhr, Zusammenkunft im „Gambrinus" (Ludwigsplatz). Vollzählig und pünktlich erscheinen!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfall

Ecke Zeppelin- und Durmersheimer Straße ereignete sich gestern nachmittag ein Verkehrsunfall. Ein durch die Durmersheimer Straße fahrender Motorradfahrer stieß mit einem aus der Zeppelinstraße kommenden Motorradfahrer zusammen; beide Fahrer stürzten, wurden aber nur leicht verletzt. Die Ehefrauen der beiden Fahrer, die auf den Motorrädern mitfuhren, wurden erheblich verletzt; die eine mußte ins Städtische Krankenhaus eingeliefert werden, wo eine Gehirnerschütterung und innere Verletzungen festgestellt wurden.

Schlägereien

Ueber Samstag und Sonntag mußte die Polizei wiederholt in Karlsruhe und Durlach bei Schlägereien einschreiten. In mehreren Fällen wurden die Beteiligten in polizeilichen Gewahrsam genommen.

Brandstiftung

Gestern nachmittag gegen 16.30 Uhr entstand in einem Lagerschuppen und Stall in der Rheinstraße ein Brand. Die alsbald erschienene Berufsfeuerwehr hatte längere Zeit zu tun, um die Ausbreitung des Feuers auf die Nachbargebäude zu verhindern. Die herrschende Windstille unterstützte dieses Bemühen. Der Schaden ist beträchtlich. Als Brandursache wurde Brandstiftung festgestellt. Der Täter ist ermittelt. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Festgenommene Sittlichkeitsverbrecher

Gestern nachmittag wurden ein 53jähriger Schlosser aus Beiertheim, sowie ein 17jähriger Arbeiter aus Mühlburg festgenommen, weil sie mit Kindern, die an der Alb badeten, unzüchtige Handlungen vorgenommen hatten.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Unter dem Einfluß des flachen Hochdruckrückens, der sich nördlich von uns vom Ozean quer über Europa nach Rußland erstreckt, haben wir anhaltend heiteres Wetter behalten. Die Temperaturen sind jetzt wieder zu sommerlichem Wert gestiegen und erreichten gestern bis zu 29 Grad in tieferen Lagen. Die Luftdruckverteilung ist gegenwärtig sehr flach und wird das Aufkommen gewittriger Störungen begünstigen.

Wetteraussichten für Dienstag, 14. Juni: Schwül und zeitweise Gewitterregen.

Jugend

Unterbezirksvorstand der SAJ. Heute abend um 6 Uhr findet im Sekretariat der SPD. eine wichtige Besprechung statt, zu der alle Vorstandsmitglieder zu erscheinen haben. Da endgültige Dispositionen über den Spieltag getroffen werden und andere wichtige Fragen auf der Tagesordnung stehen, halten wir es für notwendig, daß sämtliche rechtzeitig erscheinen.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Frauenversammlung in Daxlanden

Am kommenden Dienstag abend 8 Uhr findet im Volkshaus Daxlanden eine Frauenversammlung statt. Das Thema lautet: „Das Genossenschaftswesen". Die Genossinnen werden gebeten, sich zahlreich zu diesem Vortrag einzufinden, auch Volksfreundleserinnen sind willkommen.

Frauensektion

Montag, 13. Juni, abends 8 Uhr, findet in der Nähstube der Arbeiterwohlfahrt Karl-Friedrich-Straße 22 eine Vorstandssitzung der Frauensektion statt. Die Genossinnen des Vorstandes und die Bezirksführerinnen sind dazu freundlichst eingeladen, mit der Bitte um vollzähliges Erscheinen.

Arbeiterwohlfahrt

Die Bezirksführerinnen werden zu der am Dienstag, den 14. d. M., abends 8 Uhr, im Alten Bahnhof, östlicher Flügel, stattfindenden Sitzung freundlichst eingeladen. Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.

*

Alle Familien, welche ihre Kinder in die örtliche Erholungsfürsorge bringen wollen, werden gebeten, baldmöglichst ihre Kinder anzumelden. Anmeldungen nimmt die Geschäftsstelle der Arbeiterwohlfahrt entgegen und zwar: Montag von 9—12 Uhr, Mittwoch von 9—12 und 3—6 Uhr, Freitag 9—12 Uhr alter Bahnhof, östlicher Flügel, 2. Stock.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Kameraden! Am Mittwoch, 15. Juni, 8 Uhr abends, findet im Volkshaus, Schützenstr. 16, eine äußerst wichtige **Mitgliederversammlung** statt.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Bezirkskonferenz. 2. Die politische Lage und das Reichsbanner. Referent: Kamerad Dr. Helfenstein, Mannheim. Entsprechend der Tagesordnung ist die Anwesenheit sämtlicher Mitglieder erforderlich.

Veranstaltungen

Montag, den 13. Juni 1932:

Badisches Landestheater: Vor Sonnenuntergang. (Volksbühne). 20 Uhr.
Badische Lichtspiele: Die Koffer des Herrn O. F. Das Land der 1000 Wunder. 20.30 Uhr.
Gloria-Palast: Unter falscher Flagge. Beiprogram.
Kammer-Lichtspiele: Die Frau von der man spricht.
Palast-Lichtspiele: Ein Lied, ein Kuß, ein Mädel. Singing Babies.
Residenz-Lichtspiele: Helden der Luft. Tanz-Farben-Tonfilm. Ufa-Woche. Lorenzi-Tag im Gailtal in Kärnten.
Schauburg: Der Stolz der 3. Kompagnie. Gutes Beiprogramm.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe.

Deutscher Freidenkerverband, Ortsgruppe Karlsruhe. Mitgliederversammlung Donnerstag, 16. Juni, abends halb 8 Uhr, im Volkshaus. Unsere Mitglieder ersuchen wir um zahlreiche Beteiligung an der Veranstaltung „Freier Menschen" im Haus der Gesundheit Dienstag abend. 3203

Beiertheim. Naturfreunde. Heute abend 8 Uhr **Monatsversammlung** im Lokal „Zum Kuckuck". Wir bitten um zahlreichen Besuch.

Chefredakteur: Georg Schoppitn. Verantwortlich: Politik, Freistaat Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Feuilleton, Aus aller Welt, Die Welt der Frau, Letzte Nachrichten: S. Grünebaum; Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Durlach, Aus Mittelbaden, Gerichtszeitung, Karlsruher Umgebung, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Auskünfte: Josef Eisele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe.

Aus aller Welt

Der polnische Ozeanflieger Hausner aufgefunden

WTB. Neuyork, 12. Juni. Der amerikanische Flieger polnischer Herkunft Stanley Hausner, der **vor neun Tagen** von Neu-Jersey aus einen Versuch unternahm, den Atlantik zu überqueren, ist, wie bereits kurz gemeldet, von dem britischen Tankschiff „Circe Shell" **lebend** aufgefischt worden.

Reichswehrkraftwagen verunglückt

WTB. Schleiz, 12. Juni. Auf der Schleizer Dreieckrennstrecke der Hofer Straße wurde in der Nacht zum Sonntag gegen 1 Uhr morgens ein mit acht Personen besetztes Reichswehrauto bei einer starken Wegbiegung aus der Kurve herausgeworfen, gegen einen Baum und dann in den Straßengraben geschleudert. Der Führer, ein verheirateter Reichswehrangehöriger, war sofort tot. Die anderen sieben Insassen wurden in das Krankenhaus nicht Schleiz gebracht, wo heute vormittag drei von ihnen ihren schweren Verletzungen erlagen.

Selbstmord der Hausangestellten Lindberghs

WTB. Englewood (New Jersey), 12. Juni. Man ist hier allgemein der Auffassung, daß die Hausangestellte Lindberghs, Violet Sharp, die Selbstmord begangen hat, mit der Entführung des Kindes Lindberghs nicht das mindeste zu tun hat.

WTB. Beenham (Berkshire), 12. Juni. Ein mehr als dreistündiges Verhör von Emile Sharp, der **Schwester Violets Sharps,** hat ergeben, daß Emile anscheinend **keine Kenntnis** von den Vorgängen bei der Entführung des Söhnchens Lindberghs hatte.

Grubenunglück in Wattenscheid

WTB. Wattenscheid, 12. Juni. Auf der Zeche Holland 3/4 verunglückten am Samstag morgen durch einen Gebirgsschlag drei Bergleute, von denen einer bald darauf seinen Verletzungen erlag. Die beiden anderen, die ins Krankenhaus eingeliefert wurden, hofft man am Leben zu erhalten.

Eisenbahnunglück bei Hamm

Essen, 11. Juni. Auf der Strecke zwischen Unna und Boenen ist gegen 5 Uhr nachmittags bei Hamm aus bisher noch nicht geklärter Ursache der Personenzug Nr. 357, der von Hagen nach Hamm verkehrt, entgleist. Die Personenwagen stürzten um und sperrten die Strecke. Eine Frau wurde getötet. Die Zahl der Schwerverletzten beträgt vier, die Zahl der Leichtverletzten 36. Außerdem haben zwei Post- und drei Bahnbedienstete leichtere Verletzungen erlitten. Die Verletzungen bestehen hauptsächlich aus Bein- und Armbrüchen, Kopf- und Rückenverletzungen. Bei keinem der Schwerverletzten besteht zur Zeit Lebensgefahr.

Die Notverordnung in der Waschküche?

Wir sind es gewöhnt, daß die Tätigkeit der Gesetzgeber — darunter auch die des Reichskommissars für Preisüberwachung — sich in unserer heutigen Notzeit auch auf Gebieten des Alltagslebens auswirkt, auf denen in besseren Jahren von der Arbeit der Gesetzgebungsmaschine kaum etwas zu spüren war, deren Fragen vielmehr meist durch den gesunden Menschenverstand und die praktische Erfahrung allein entschieden würden. Aber: Notzeit verlangt Notgesetze — und im allgemeinen wird die Hausfrau der Arbeit der genannten Reichsstelle für Preisüberwachung mit einigen Hoffnungen auf Besserung der gerade im Haushalte sich immer schwerer auswirkenden Verhältnisse entgegensehen. Trotzdem ist natürlich die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß vom grünen Tische aus auch schon mal Entscheidungen getroffen werden, die gerade in Dingen der Haushaltführung den Erfahrungen der Praxis nicht immer entsprechen. Beispielsweise glaubt man zurzeit, der Hausfrau eine Gewähr für die Qualität von ihr für die Körperpflege oder für „die große Wäsche" benötigter Seifen und Waschmittel bieten zu können durch Erlaß einer Verordnung, nach der allen Erzeugnissen des Seifen- und Waschmittelmarktes künftig Angaben über die darin verarbeitete Fettmenge aufzudrucken oder einzustempln sind. Nun hängt aber die Güte einer Seife durchaus nicht nur von der Höhe des Fettgehalts, sondern wesentlich auch davon ab, welche Art Fette für deren Herstellung verwendet wird und ob diese Fettstoffe in der richtigen, für den Wascheffekt geeigneten Zusammensetzung zur Verarbeitung kommen. Mit einem Wort: wie bei vielen Dingen, so ist auch bei Seifen und Waschmitteln nicht die Menge, sondern die Qualität (nämlich der verarbeiteten Fettstoffe) für die Güte der gebrauchsfertigen Seife entscheidend. Die Verordnung des Aufdruckes des Prozentsatzes an Fettsäuregehalt auf jedes Stück Seife, auf jedes Waschmittelpaket nützt der Hausfrau also nur recht wenig, wenn sie nicht auf Grund ihrer eigenen Erfahrung über die Güte der von ihr bevorzugten Seifen oder Waschmittel einen selbst erworbenen Ueberblick hat und — ganz abgesehen von der auf den Paketen in Zukunft vielleicht angegebenen prozentualen Menge des Fettgehaltes — weiß, daß ein Waschmittel durch seine, in langer Praxis erprobte Zusammensetzung aus hochwertigen Rohstoffen neben höchster Reinigungskraft zugleich die schonende Behandlung des heute so kostbaren Wäschegutes verbürgt. Gerade in solchen Fällen des kleinen Alltags-Geschehens im Leben der Hausfrau spricht schließlich eigene Erfahrung eine überzeugendere Sprache als Notverordnungen, die theoretisch errechnet, praktisch aber noch nicht erprobt sind.

Kleine bad. Chronik

Brände

*** Lichtenau (Amt Kehl), 11. Juni. In dem weithin bekannten Gasthaus „Zur Blume" brach heute in den ersten Morgenstunden ein Brand aus, der sich so rasch ausbreitete, daß die Feuerwehren von Lichtenau, Ulm und Kehl außer der Scheune nichts mehr retten konnten und sich hauptsächlich auf den Schutz der Nachbarhäuser beschränken mußten.**

Ein 21 Jahre alter Bäcker namens Wilmes aus Osnabrück, der auf der Wanderschaft war und in der „Blume" übernachtet hatte, ist in den Flammen umgekommen.

Er muß anscheinend im Schlaf überrascht worden sein und konnte sich nicht mehr retten. Man fand seine vollständig verkohlte Leiche heute früh in den Schuttmassen.

Beim Einsturz einer Seitenfront wurde der Feuerwehradjutant Schlossermeister Karl Lutz durch einen Balken am Hinterkopf schwer verletzt.

Es handelt sich bei dem abgebrannten Gasthaus um einen schönen alten Fachwerkbau. Die Brandursache ist noch nicht geklärt. Der Schaden ist beträchtlich und läßt sich noch nicht übersehen.

* **Ueberlingen,** 11. Juni. In der Nacht zum Samstag entstand in dem Dachstuhl des Hauses von Polizeiwachtmeister a. D. Wiedenmaier Feuer, das rasch auch auf das Nachbargebäude übergriff. Der Schaden an Gebäude und Mobiliar beträgt etwa 20 000 bis 30 000 M. Die Brandursache ist noch unbekannt.

* **Neusatz** (Bühl), 11. Juni. Gestern abend gegen ½12 Uhr brach im Kesselhaus der Sägerei Werner Feuer aus, das von jungen Leuten bemerkt wurde, die sofort die Feuerwehr alarmierten. Dank des sofortigen Eingreifens konnte das Feuer erstickt und großer Schaden verhütet werden.

* **Schliengen** (Amt Müllheim), 11. Juni. Gestern nachmittag entstand im Speicher des Wohnhauses der Bäckerei Hummel ein Brand, der rasch bemerkt wurde, so daß ein Uebergreifen des Feuers auf die umliegenden Häuser vermieden werden konnte. Die Fahrnisse konnten gerettet werden, die Entstehungsursache des Feuers ist noch unbekannt.

* **Urloffen,** 11. Juni. Heute früh kurz vor 1 Uhr wurde die Einwohnerschaft durch Feueralarm vom Schlafe geweckt. Das Anwesen des Landwirts August Wiedemer ist vollständig bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Von den Fahrnissen und Mobilien konnte fast gar nichts gerettet werden, nicht einmal die drei Ziegen konnten lebend geborgen werden, da sie durch den Rauch erstickten. Kaum konnten der Mann, Frau und Kind das nackte Leben retten, da durch das schnelle Umsichgreifen des Feuers vom Oekonomiegebäude zum Wohnhaus in wenigen Minuten das ganze Haus in Flammen stand. Die bedauernswerte Familie soll nur schwach und die in der Nebenstube wohnende Tante, welcher auch alles verbrannte, gar nicht versichert sein. Der hiesigen freiwilligen Feuerwehr sei auch an dieser Stelle für ihre aufopfernde Arbeit herzlich gedankt, sowie den Einwohnern, welche sich an den Löscharbeiten mühevoll beteiligt haben. Nicht unerwähnt soll die neue Motorspritze sein, die ihren Zweck nicht erfüllte, sondern mehr oder weniger allgemeines Aufsehen erregte. Die Gründe, welche man im Bürgerausschuß bei Anschaffung der Motorspritze gegen die Anschaffung ins Feld führte, haben sich nun im Ernstfalle erneut bestätigt. Was nützt uns eine Motorspritze, wenn man sie, wie in diesem Falle, nicht gebrauchen kann infolge Wassermangel. Wir sind heute noch der Ansicht, daß man zur Schau oder nur zu Proben keine 4000 M, welche die Motorspritze kostet, in diesen schweren Notjahren den Umlagezahlern aufbürdet.

*

* **Sauldorf (Amt Meßkirch), 11. Juni. Kind vom Hund gebissen.** Das 2½ Jahre alte Söhnchen des Landwirts Karl Jäger spielte mit dem Kettenhund. Dabei wurde es von dem Hund zweimal in den Kopf gebissen und schwer verletzt.

Kraichgau

Bruchsal

Ohnmachtsanfall. Am Samstag nachmittag 4.30 Uhr erlitt auf dem hiesigen Friedhof ein Witwer einen Ohnmachtsanfall. Mildtätige Hände nahmen sich des Kranken an und verbrachten ihn mittels Auto in seine Wohnung.

Murgtal

Gernsbach

Parken verboten

Eine Stadt wie Gernsbach, die Fremdenverkehrsstatd ist und auf der Höhe sein will, muß sich sämtlicher Mittel bedienen, die gegeben und geboten sind, um den Automobilverkehr reibungslos abwickeln zu können. Diese Einsicht herrscht auch bei der Stadtverwaltung und man legte verschiedene Parkplätze an, während an den Hauptverkehrspunkten Tafeln prangen, welche die Aufschrift tragen „Parken verboten". Soweit wäre alles schön und in Ordnung, nur fehlt auf diesen Tafeln noch der Zusatz, für wen das Parken verboten ist. Wollen wir uns nur einmal die Hofstätte betrachten. Auch hier darf nicht geparkt werden, so verkündet wenigstens eine Tafel. Man konnte auch schon beobachten, wie parkende Wagenbesitzer mit ihren Wagen durch die Ortspolizei in die Seitenstraßen gejagt wurden, wesbalb wir mit aller Bestimmtheit wissen, daß auf der ganzen Hofstätte das Parken verboten ist. Wir fanden es recht merkwürdig, daß einmal die Wagen nicht parken dürfen, während sie an einem andern Tage wieder stundenlang ungestört den großen Verkehr behindern. Wir machten uns desbolb unsere Gedanken über den Fall und zum Schluß blieben folgende Fragen übrig: Werden nur dann die „Parker" gestört, wenn keine ortsansässige Wagenbesitzer darunter sind? Dürfen dann, wenn Gernsbacher „Prominente" vor den „Sternen" parken, auch ortsfremde Wagen parken, weil man den „Prominenten" nicht zu nahetreten will? Eine Antwort dürfte wohl Klarheit bringen. W—K.

SA.-Analphabeten

Trotz der allgemeinen Schulpflicht, die jedem Deutschen mindestens acht Jahre Volksschulunterricht gewährt, gibt es Leute, die mit der deutschen Sprache schwer auf dem Kriegsfuß stehen. Wenn sie das einsehen und sich so wenig wie möglich schriftlich betätigen, geht das noch an. In Gernsbach sitzen auch solche Helden, und zwar in der Elitetruppe der Nazis, in der SA. Man sollte das zwar nicht glauben, denn ihr Führer ist ein Lehrer. Wir haben ihn wiederholt darauf aufmerksam gemacht, wie notwendig seine Leute Nachhilfeunterricht gebrauchen. Wie wenig unser Rat befolgt wurde, oder wie sehr er Versuche am untauglichen Objekt gemacht haben muß, beweist der nachfolgend wiedergegebene poetische Erguß eines seiner Getreuen.

„An Hern Ekstein, Reichsbanen Häuptling in Gernsbach.

Herrn Ekstein Sozi
Einst Kommt der Tag
der Rache, Einmahl
werden wir Frei
Schaffendes Deutschland
Err wache! breche deine
Ketten enzwei
Nieder mitt der
Reichsbananen Partei
Der Furcht so fern
dem Tod so nah.
Heil die S.A.
Heil Hitler

Dieses urteutsche Heldenlied spricht für sich selbst. Wir wissen ja nicht, ob im Dritten Reich Orthographie und Interpunktion abgeschafft wird, etwa weil es Fremdwörter sind, aber wir sind davon überzeugt, daß jemand, der unser schönes Deutsch so mißbraucht und verschandelt, unmöglich genügend „echtteutsche Belange" zu eigen haben, kann, um länger dieser strammnationalen Formation angehören zu können. Mit Box- und Dschiu dschitsu-Kursen allein ist da allerdings keine Abhilfe zu schaffen, Herr Lehrer!

Oostal

Baden-Baden

Sozialdemokratische Partei

Dienstag, den 14. Juni 1932, abends 8.30 Uhr, im Bletzer Hauptversammlung. Weiterer Punkt: Bericht der Delegierten von der Bezirkskonferenz. Wahl der Delegierten zum badischen Parteitag. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert restloses Erscheinen.

Kinzigtal

Offenburg

Aus dem Stadtrat

Für das ausgeschiedene Fräulein Siller wird Frau Amanda Schuler, Witwe, zum Mitglied des Fürsorgeausschusses als Vertreterin des Frauenvereins ernannt. — Anstelle des von hier verzogenen Stadtverordneten, Landgerichtsdirektor Eggler, wird der nächste Bewerber der gleichen Vorschlagsliste Max Schumacher, Malermeister, in den Bürgerausschuß berufen. — Die Voranschlagsberatung für 1932/33 wird fortgesetzt.

Unfall mit Todesfolge

Gelegentlich eines Radrennens in der Umgebung von Offenburg stieß ein Teilnehmer aus Biberach mit voller Wucht gegen ein Lastauto. Durch ein Eisenteil des Wagens wurde dem Rennfahrer die Hirnschale gespalten, so daß der Tod sofort eintrat.

Gengenbach. Den Parteigenossen und Genossinnen zur **Kenntnis,** daß am Dienstag, 14. ds. Mts., abends halb 9 Uhr, im Lokal, eine **Mitgliederversammlung** stattfindet. Die politische Lage erfordert höchste Aktivität. **Vollzähliges Erscheinen erwartet der Vorstand.**

Bebel rehabilitiert

Landauf und landab reisen die Redner der Nazis jetzt mit der Behauptung, daß die alten Führer der SPD., wie Bebel, Singer, Auer, Molkenbuhr usw. bescheidene und ehrliche Männer gewesen seien, während man von den heutigen das Gegenteil sagen müsse. Weil das von vielen geglaubt und in jeder Spießerwirtschaft nachgebetet wird, ist es nötig, daran zu erinnern,

daß die alten Führer der SPD. zu ihrer Zeit in derselben Weise verleumdet wurden, wie jetzt die neueren.

Auch sie wurden derart heruntergemacht, daß kein Hund von ihnen ein Stück Brot annehmen konnte.

Der in den Kasematten von Köln als Sohn eines preußischen Unteroffiziers geborene Bebel sollte polnisch-jüdischer Abstammung sein. In Bebels „Villa" sei die Vordertür für die Dienstboten gesperrt. Letztere dürften nur die Hintertür benutzen. Auf seinen Reisen kehre Bebel in den allerfeinsten Hotels ein usw. usw. Unnötig zu sagen, daß das alles ebenso gelogen war, wie vieles ähnliche von heute. Und wie über Bebel, so wurde auch über die anderen alten Führer gelogen.

Als der alte Singer, den die Gegner ebenfalls als Prasser und Lebemann hinstellten, mal gefragt wurde, warum er denn gegen derartige Verleumdungen nicht gerichtlich vorgehe, antwortete Singer, daß ihm die Beiträge der Arbeiter für solche Prozesse zu schade seien. Wer der Arbeiterbewegung dienen wolle, müsse sich damit abfinden, daß ihm nachgeredet werde, er habe silberne Löffel gestohlen.

Mit einer persönlichen Hetze die Arbeiter wankelmütig zu machen, ist also eine uralte Taktik der Gegner. Sie dürfte aber nur noch solange Erfolg haben, bis die Arbeiterschaft erkennt, daß bei den politischen Wahlen doch **ganz andere Werte** auf dem Spiele stehen als persönliche Angelegenheiten.

Bebel und seinesgleichen sind bei den Nazirednern heute ehrliche Leute geworden. Möglich, daß Wels, Leipart und andere später, d. h. nach ihrem Tode und wenn es dem Gegner mal wieder in den Kram paßt, auch noch für ehrliche Männer erklärt werden.

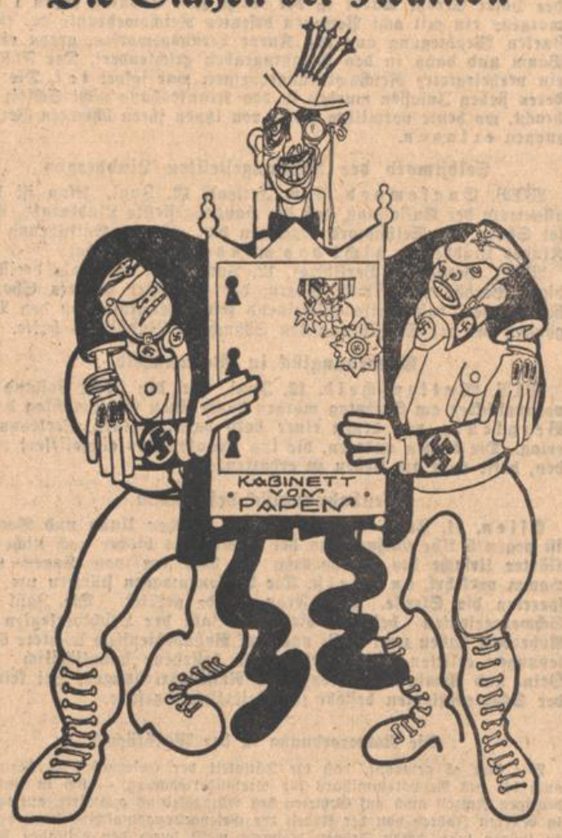
Gewerkschaftliches

Das Abkommen des Zentralverbands der Angestellten über Kurzarbeit

lautet in seinen wesentlichen Bestimmungen:

Kurzarbeit ist **tunlichst zu vermeiden.** Nötigenfalls kann jedoch, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes es erfordern, zur Vermeidung von Entlassungen, jedoch nach Anhörung der Angestelltenvertretung die Arbeitszeit für sämtliche Angestellte oder einzelne Gruppen derselben, nicht jedoch für einzelne Personen innerhalb einer Gruppe verkürzt werden. Die **Kurzarbeit mit Gehaltskürzung** darf nur am 1. eines Kalendermonats und erst dann in Kraft treten, wenn seit schriftlicher Bekanntgabe der Kurzarbeit mindestens ½ Monate verstrichen ist. In der Ankündigung muß die unterste Grenze angegeben sein, bis zu der äußerstenfalls die Arbeitszeit herabgesetzt werden soll. Die Ankündigung der Kurzarbeit mit Gehaltskürzung **verliert** ihre Wirkung, wenn sie nicht mindestens ein Monat nach dem Zeitpunkt, zu dem die Kurzarbeit in Kraft treten sollte, durchgeführt ist. Macht der Arbeitgeber von seinem Recht der tatsächlichen Durchführung der Kurzarbeit Gebrauch, so kann der Angestellte mit Monasfrist auf Monatsende **kündigen,** solange die Kurzarbeit besteht. Für Lehrlinge und andere Personen, die sich in einer geregelten Ausbildung zum Beruf als kaufmännische oder technische Angestellte befinden, darf bei Kurzarbeit eine Kündigung der Bezüge nicht eintreten. Die **Gehaltskürzung** erfolgt entsprechend der Kürzung der Arbeitszeit dergestalt, daß für jede Stunde 1/200 des Grundgehalts gekürzt wird. Der Angestellte hat in jedem Fall Anspruch auf mindestens ¾ seines Monatsgehalts auch dann, wenn die Arbeitszeit weniger als 32 Wochenstunden beträgt. Soziale Zulagen bleiben von der Kürzung ausgenommen. Bei der Kürzung dürfen jedoch Gehälter nicht unter 100 ℳ sinken, bzw. Gehälter bis 100 ℳ keine Kürzung erfahren. Dieses Abkommen tritt am 1. Mai 1932 in Kraft. Es ist unkündbar bis 31. März 1933.

Die Stützen der Reaktion



Ohne ausreichende Unterstützung der Nazis wäre die ganze Papen-Reaktion nicht eine Stunde möglich.

Wasserstand des Rheins

Basel 112, Waldshut 310, Schusterinsel 176, Kehl 322, Maxau 496, Mannheim 381, Caub 288 Zentimeter.

Aus der Stadt Durlach

Roter Faden. Morgen Dienstag von 8 bis 9 Uhr Musikprobe im Tannhäuser. Anschließend Sprechchorprobe. Da die Zeit drängt, ist es nötig, daß alle pünktlich erscheinen. Hauptbedingung Texte auswendig lernen!

Marktbericht über den Schweinemarkt am 11. Juni 1932. Befahren mit 100 Läufer- und 255 Ferkelschweinen, verkauft wurden 48 bzw. 210. Preis pro Paar 28—40 bzw. 18—25 ℳ.

Tagungen

Tagung der Obermeister badischer Bäcker-Innungen

Der Badische Bäcker-Innungs-Verband hielt am Montag, 6. Juni, seinen diesjährigen ordentlichen Obermeistertag in Meersburg ab. Von 60 Innungen waren 59 vertreten. Der Verband, der in diesem Jahre auf sein 50jähriges Bestehen zurückblicken kann, hat von besonderen Veranstaltungen aus diesem Anlaß mit Rücksicht auf die allgemeine Notlage im Bäckergewerbe abgesehen. Verbandsvorsitzender Schneider eröffnete die Tagung um 9 Uhr vormittags und gab zunächst einen prägnanten Ueberblick über die innen- und außenpolitische Lage im Reich, die Weltwirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit und über die bedrängte Lage des Bäckereigewerbes im besonderen. Nach Begrüßung der anwesenden Vertreter der Behörden und der verbundenen Organisationen und Gäste begann sofort die Abwicklung der reichhaltigen Tagesordnung mit Besprechung des von Verbands-Syndikus Weber ausgearbeiteten, gedruckt vorliegenden und etwa 25 Abschnitte umfassenden Geschäftsberichts. In der Aussprache wurde hauptsächlich Klage darüber geführt, daß man die Hilfsmaßnahmen zur Steuerung der Not der Landwirtschaft zum großen Teil auf die Schultern des Bäckergewerbes gelegt und dieses dadurch ebenfalls in eine Lage gebracht hat, die für seinen Fortbestand mit größter Sorge erfüllen müßte. Durch nicht aufhörenden Druck mußten seit November 1930 die Preise für Brot mehrfach herabgesetzt werden, wogegen die Mehlpreise wiederholt eine steigende Tendenz einnahmen, so daß die Verbilligung allein zu Lasten der Herstellungskosten ging. Hinzu kam der Verwendungszwang von Kartoffelstärkemehl, das noch teurer ist, wie Roggen- und Weizenbrotmehl. Von Verdienst könne bei der Brotherstellung keine Rede mehr sein, dabei gebe der Umsatz immer mehr zurück. Das Bäckergewerbe erwartet, daß das Verständnis, welches es der Notlage der Bevölkerung durch außerordentliche Senkung der Brot- und Backwarenpreise entgegengebracht hat, auch seine gerechte Auswirkung in der Steuerveranlagung findet.

Die Aussprache erstreckte sich weiter auf allgemeine geschäftliche und Berufsfragen wie Lehrlingssachen, Kaminreinigung, Genossenschafts- und Zugabegewesen, Hausierhandel, Berufsgenossenschaft, Rohstoffpreise, zweifelhafte Lieferfirmen, Kassenangelegenheiten usw. In seiner Sterbekasse besitzt der badische Bäcker-Innungs-Verband eine sehr segensreiche Einrichtung, deren Ausbau man sich sehr angelegen sein läßt.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 10. Juni: Albert Ried, 83 Jahre alt, Oberlehrer a. D., Ehemann. Beerdigung am 13. Juni, 16.45 Uhr in Mühlburg. — 11. Juni: Emma Kuderer, 59 Jahre alt, Ehefrau von Josef Kuderer, Maschinist a. D. Beerdigung am 13. Juni, 14.30 Uhr.

3121

Ich brauche nur Hummels Rasiermesser
Karl Hummel, Werderstr. 13

KONDITOREI UND KAFFEE
Fr. Nagel, Waldstr. 41—45 Telephon Nr. 699
empfiehlt als beste Beigabe zu **Spargel** seine vorzügl.
Fleisch-Pastetchen

Badisches Landestheater
Montag, 13. Juni Volksbühne: Juni-Vorstellung
Vor Sonnenuntergang
Schauspiel von Gerhart Hauptmann
Regie: Baumbach
Mitwirkende: Bertram, Erhardt, Ermarth, Ervig, Frauendorfer, Brand, Ernst, Gemmecke, Herz, Höcker, Kloeble, Kienscherf, P. Müller, Prüter, Schulze.
v. d. Trenck
Anfang 20 Uhr
Ende nach 22.30 Uhr
Preise B (0.70—4.20 ℳ).
Der 1V. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.
765
Die. 14. 6. Neu einstudiert: Margarethe.
Mi 15. 6. Der Zigeunerbaron. Do. 16. 6. Die drei Musketiere. Fr. 17. 6. Schneider Wibbel. Sa. 18. 6. Das Dreimäderlhaus.
So. 19. 6. Rienzi.

Küche bestehend aus prachtv. Büfett, Tisch, 2 Stühlen, 1 Hocker nur 115 ℳ
1 Schlafzimmer schw. Eiche, weit u. Pr.
Fürniß, Zähringerstraße 77, hinter Geschw. Knopf

21-jähriges Mädchen sucht Stellung als Büfett- oder Servierfräulein im Café-Rest. Gute Zeugn. vorhand. Zu erfrag. unt. B1096 im Volksfreund.

Schöne 2- od. 3-Zimmerwohnung m. Gartenanteil sofort zu vermieten. **Forchheim,** Friedenstr. 349.

Gut erhaltenes Herren-Fahrrad billig zu verkaufen. Gluckstr. 4, II r.

Kriegsbeschädigt. Handwerker sucht v. Selbstgeber ein Darlehen von **60-80** ℳ Rückzahlung und Zins nach Uebereinkunft. Gute Sicherheit vorhanden. Gefällige Offerten unter Nr. 3156 a. d. Volksfreund

Wegen Umzug 1 Posten moderner **Schlafzimmer** zu jedem annehmbaren Preise
Garantie f. gute Arb. Lieferg. u. Lagerung frei 3194
Möbelhaus **Freundlich** 37-39 Kronenstr. 37-39

500 Mark von mittlerem Beamten geg. gute Zinszahlung von Selbstgeber zu leih. gesucht. Rückzahlung nach Uebereint. Ang. u. S1099 a. d. Volksfreund

Rastatter **Kohlenherde**

m. Nickelsch., bar 65 ℳ. Ihr alter Herd wird in Zahlung genommen. Ueber 100 Herde, Oefen, Gasherde auf Lager.
Fritz Ganz, Waldstr. 13

Schreinerlehrlinge die schon 1 oder 2 Jahre auf Möbel in der Lehre waren, könn. ihre Lehre vollend. Bewerbungsbriefe befördert unter Nr. 3196 der Volksfrd

Wohlmuthapparat. Kohlenherd, Gasherd Nähmaschine 35 Mk. Staab, Herrenstr. 6.

Schöne Schränke v. 15.- an, Vertiko 30.-, kleiner Bücherschr. 30.-, Tische, Stühle, Waschkommod. mit Spiegel 40.-, Küchenbüfett 40.-, Küchenschrank 9.-, 4-Loch-Gasherd, 2 gleiche modern. Betten 55.-, Matratzen, Chaiselongue, Diwan, Sofa 8.-, sonst. Gegenst. alle sehr billig im An- und Verkauf 3197
Gutmann, Rudolfstraße 12.

Rindledersessel wie neu
Gasbadeofen unter Garantie
Kohlenherd weiß emaill., desgl.
Gasbackherd tadellos, billig zu verk.
Rüppurrerstr. 19, II.

Die glücklichen 8 Tage

DEIN WEGWEISER IN DEN URLAUB:
DIETZ-ARBEITER-REISE- UND WANDERFÜHRER
Fuß- und Radtouren, Städtebesuche, Gebirgswanderungen, Wildwasser- und Flußfahrten im Faltboot, Wetterkunde, Zeltbau, Reisekochbuch, Photo-Anleitung, Adressen usw.
450 Seiten, illustriert. Soeben erschienen! Preis nur 2.- M.
Volksfreund-Buchhandlung Karlsruhe
Waldstraße 28 Telefon 7020/21

Der große Verkauf
Der neue Preis
88 Pf
bietet verblüffende Angebote

Waschmusseline	praktische Kleidermuster, Mtr. 42 ₰	32 ₰
Waschkunstseide	neue helle Muster Mtr. 78 ₰	68 ₰
Sinilic	kräftige Ware, bedruckt und einfarbig Mtr. 1.25	88 ₰
Waschrips	indanthren, Ia. Strapazierqualität, in vielen Farben Mtr.	1.25
Frisette	weiß, marine u. Pastellfarben, Mtr. 1.65	1.45
Crêpe-Georgette-Druck Kunstseide, ca. 98/100 cm, in farbenfreud. Ausmust., Mtr.		2.90
Sinilic-Spitze	der Modestoff, in schönen Pastellfarben Mtr.	1.75
Faille façonné	Kunstseide mit Seide, für das solide Straßenkleid, Mtr.	1.95
Bedruckt Marocain	Kunstseide, ca. 95 cm brt., in den neuesten Farben und Mustern Mtr.	2.90
Honan	einfarbig und gemustert, ca. 80 cm breit, Original asiatische Rohseide Mtr.	3.90
Wollmusseline moderne Druckmuster	Mtr. 1.55 1.25	88 ₰
Bouclé à jour für das praktische Sportkleid	das mod. Gewebe Mtr. 1.65	1.45

HERMANN TIETZ KARLSRUHE

3193

Nähmaschine Rundschiff mögl. gut erhalt. **zu kaufen gesucht.** Ang. mit Preis und System der Masch. unter H 3144 an den Volksfreund.

Gebrauchtes gut erhaltenes **Damenfahrrad** zu kaufen **gesucht.** Ang. unter Nr. 3192 an den Volksfreund.

Ueber 100 gut erhaltene **Maß-Anzüge Mäntel, Überz** v. 10 ℳ an in all. Gr. u. Farben, bes. Gehrocks-, Smoking- u. Cutaway-anzüge, Hosen, Joppen, neu u. gebraucht, sowie Gelegenheitspost. neue, Ia Qualität.
Anzüge u. Mäntel staunend billig.
Zähringerstr. 53 a, II

Karl Deuchert Metzgerei Mondstr. 5
empfiehlt seine
Fleisch- u. Wurstwaren
in bekannter Güte 3200

Gaggenauer Anzeigen

Befreiung von der Zuckersteuer

Das Hauptzollamt Baden-Baden teilt mit:

„Betriebe, die vergällten Zucker verwenden, unterliegen der Steueraufsicht insoweit als es erforderlich erscheint, um zu verhindern, daß der vergällte Zucker zu anderen als den erlaubten Zwecken verwendet wird. Die Abgabe von vergälltem Zucker an andere verwendende Betriebe ist ohne Genehmigung des Hauptzollamts nicht zulässig. Die näheren Anordnungen trifft das Landesfinanzamt.

Viehbesitzer, die zugleich eine Brennerei betreiben, haben jeden Bezug von vergälltem Zucker oder von Futtermitteln, die unter Verwendung solchen Zuckers hergestellt sind, vor dem Verbringen auf ihr Grundstück der zuständigen Zollstelle anzuzeigen und den Zucker oder die Futtermittel nach näherer Anordnung des Oberbeamten des Steueraufsichtsdienstes gesondert zu lagern. Der Lagerplatz ist durch eine Tafel mit der Inschrift:

Vergällter Futterzucker, nur zur Fütterung von Pferden, Rindern, Schweinen, Schafen. Jede andere Verwendung ist strafbar kenntlich zu machen."

Vorstehendes bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis. 769

Gaggenau, den 11. Juni 1932.

Der Bürgermeister
Schneider

Ettlinger Anzeigen

Zur

Spülung der städtischen Wasserleitung

am Dienstag, den 14. Juni, von abends 9 Uhr bis gegen morgens 2 Uhr muß die Wasserversorgung im ganzen Stadtgebiet zeitweise unterbrochen werden. Wir bitten, den Wasserbedarf für die Zeit der Unterbrechung vorher zu entnehmen und Gas- oder kohlenbeheizte Warmwasserapparate aller Art auszuschalten.

Ettlingen, 10. Juni 1932. 768

Städtische Werke